

POLITIKMONITORING

TPM 2021.23 vom 07.06.2021

ANALYSE I

S. 3

ANALYSE II

S. 12

KRITIK AN GEPLANTER PFLEGEREFORM

Mit dem GVWG soll der Bundestag in dieser Woche auch die von Union und SPD auf den letzten Metern verabschiedete Pflegereform beschließen. Aus Sicht der Opposition sowie der Krankenkassen und Verbände reichen die vorgesehenen Maßnahmen aber nicht aus, um Pflegebedürftige spürbar zu entlasten. Zudem fehle eine auskömmliche Gegenfinanzierung. In der Öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses am Montag gingen die Sachverständigen mit den Plänen der Koalition hart ins Gericht.

FORSCHUNG FÜR MEHR IT-SICHERHEIT

Die Bundesregierung setzt weiterhin auf Forschung beim Kampf gegen Cyberkriminalität. Mit dem neuen Forschungsrahmenprogramm zur IT-Sicherheit sollen bereits erfolgreiche Strukturen weiterentwickelt und durch neue Formate ergänzt werden. Eines der Hauptziele soll dabei die bessere Vernetzung von Forschung und Wirtschaft sein. Mindestens 350 Millionen Euro stehen dem BMBF in den kommenden Jahren für Fördervorhaben zur Verfügung.

ERGEBNISSE

S. 15

BUNDESREGIERUNG

"Wir müssen die Pandemie weltweit bekämpfen"

Karliczek: Spätfolgen von Covid-19 entschlüsseln, um Betroffene bestmöglich behandeln zu können

BUNDESTAG

Reduktionsstrategie für Zucker, Fette und Salz

Pandemiebedingte Ausgaben des Gesundheitsfonds

Anerkennung von Covid 19 als Berufskrankheit

STAKEHOLDER

Kassenverbände fordern Ist-Kosten-Ausgleich für Corona-Kinderkrankengeld schon für das Jahr 2021

Umfrage zeigt: Patienten wissen wenig über E-Rezept

STATUS

S. 37

NEU

- Zweite Verordnung zur Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung

AKTUELL

- Gesetz zur Modernisierung des Tabaksteuerrechts (TabStMoG)
- Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG)

VERABSCHIEDET

- Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung – CoronImpfV)

AUSBLICK

S. 66

BUNDESTAG

233. Sitzung des Deutschen Bundestages

234. Sitzung des Deutschen Bundestages

175. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit

BUNDESRAT

Sitzung des Gesundheitsausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

TERMINE

DMEA 2021

ALM zur Labormedizin

Diakonie und DEKV zur Pflegeausbildung

BVMed zur Gesundheitspolitik



EDITORIAL

KEINE ALLGEMEINE IMPFEMPFEHLUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die STIKO hat den Entwurf ihrer Empfehlung für COVID-19-Impfungen bei Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren an die stellungnahmeberechtigten Bundesländer und Fachgesellschaften verschickt. Beschlossen werden soll sie noch diese Woche. Das Papier selbst ist bis dahin zwar noch vertraulich, klar ist aber schon jetzt, dass die STIKO auf eine generelle Empfehlung zum Impfen von Kindern und Jugendlichen verzichten wird. Ihnen genügt die Datenlage zu möglichen Nebenwirkungen nicht, weshalb Nutzen und Risiko nicht ausreichend abgewogen werden könnten.

Empfohlen werden soll die Impfung aber für Kinder und Jugendliche mit bestimmten Vorerkrankungen. Dazu zählen etwa Adipositas, eine angeborene oder erworbene Immundefizienz oder relevante Immunsuppression, eine schwere Zyanose, eine schwere Herzinsuffizienz oder pulmonale Hypertonie, chronische Lungenerkrankungen mit anhaltender Einschränkung der Lungenfunktion, eine chronische Niereninsuffizienz, chronische neurologische oder neuromuskuläre Erkrankungen, maligne Tumorerkrankungen sowie Trisomie 21.

Ungeachtet der noch ausstehenden Empfehlung der STIKO können sich impfwillige Kinder und Jugendliche um einen Impftermin bemühen. Gleiches gilt mit dem heutigen Inkrafttreten der neugefassten *Coronavirus-Impfverordnung* auch für alle Erwachsenen. Die Priorisierung ist damit gut fünf Monate nach dem Start der Impfkampagne Geschichte.

Kommen Sie gut durch die Woche!

 ANALYSE I

KRITIK AN GEPLANTER PFLEGEREFORM

PFLEGE

VERSICHERUNG

VERSORGUNG

FINANZEN

STEPHAN WOZNITZA

Am Freitag soll der Bundestag das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) und mit ihm auch die kurzfristig darin eingefügte Pflegereform beschließen. Zuvor waren die vom Bundeskabinett am vergangenen Mittwoch als Formulierungshilfen beschlossenen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen am Montag noch Gegenstand einer Öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses – zusammen mit Anträgen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Vertreter:innen von Krankenkassen und Pflegeverbänden warnten schon im Vorfeld der zweistündigen Sitzung vor den Plänen der Koalition. Aus ihrer Sicht genügt die vorgesehene Begrenzung des pflegebedingten Eigenanteils nicht, um für eine echte Entlastung zu sorgen. Zudem fehle eine ausreichende Gegenfinanzierung, wodurch die Lage der Pflegeversicherung noch weiter verschärft würde. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nannte das Konzept am Mittwoch dagegen "sauber ausfinanziert".

EIGENANTEIL WIRD BEZUSCHUSST

Um Pflegeheimbewohner:innen finanziell zu entlasten, soll deren Eigenanteil künftig mit einem nach der Aufenthaltsdauer gestaffelten Leistungszuschlag bezuschusst werden. Ab Pflegegrad zwei sind im ersten Jahr fünf Prozent, im zweiten 25, im dritten 45 und ab dem vierten Jahr 70 Prozent vorgesehen. Zum Vergleich: Im November sahen Spahns Eckpunkte für eine Pflegereform noch vor, den Eigenanteil auf 700 Euro zu begrenzen und ab dem dritten Jahr ganz zu streichen (vgl. TPM 2020.47). Im späteren Arbeitsentwurf seines Ministeriums war dann schon von einem gestaffelten Zuschuss in Höhe von 25 Prozent nach zwölf Monaten, 50 Prozent nach 24 und 75 Prozent nach 36 Monaten die Rede (vgl. TPM 2021.11).

Das BMG rechnet vor, dass Pflegebedürftige – ausgehend von einem bundesdurchschnittlichen Eigenanteil von 911 Euro – nach zwei Jahren stationärer Pflege im Schnitt um fast 410 Euro entlastet werden, nach drei Jahren um fast 638 Euro. Die damit einhergehenden Kosten beziffert das Ministerium in einem den Änderungsanträgen beigefügten Finanztableau ab 2022 auf 2,55 Milliarden Euro jährlich. Hinzu kommen Mehrausgaben im Zusammenhang mit der ab September 2022 vorgesehenen Verpflichtung der Einrichtungen, ihre Beschäftigten nach Tarif zu bezahlen. Diese schlagen laut Berechnungen des BMG in 2022 mit 200 und ab 2023 mit jeweils 610 Millionen Euro zu Buche. Die geplante Erhöhung der Pflegesachleistungen um fünf Prozent kostet ab 2022 300 Millionen Euro jährlich, die Anhebung der Leistungen zur Kurzzeitpflege 80 Millionen Euro pro Jahr und die Umsetzung des Personalbemessungskonzepts in 2023 110 und ab 2024 dann 220 Millionen Euro.

Insgesamt sollen sich die Mehrausgaben der Pflegeversicherung im kommenden Jahr auf 3,15 Milliarden Euro belaufen. Für 2023 veranschlagt das Ministerium 3,67 Milliarden Euro, für 2024 und 2025 jeweils 3,78 Milliarden Euro. Um sie gegenzufinanzieren, sehen die Pläne der Koalition ab 2022 einen jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von einer Milliarde Euro vor. Zudem sollen der Beitragssatz für Kinderlose um 0,1 Prozentpunkte ansteigen, was 400 Millionen Euro pro Jahr einbringen soll, und die eigentlich geplante regelmäßige Dynamisierung der Pflegeleistungen bis einschließlich 2025 ausgesetzt werden, wodurch die Pflegekassen laut BMG bereits ab diesem Jahr jeweils 1,8 Milliarden Euro einsparen würden.

KOALITION ZUFRIEDEN, OPPOSITION AUFGEBRACHT

Während der zuständige Fraktionsvize von CDU/CSU, Stephan Stracke, die Pläne der Koalition als "Meilenstein für Pflegekräfte und Pflegebedürftige" bezeichnete und Bärbel Bas, stellvertretende Vorsitzende der SPD im Bundestag, die vereinbarten Maßnahmen für einen "wichtigen ersten Schritt" hält, dem die "Deckelung der Pflegekosten und mittelfristig die Pflegebürgerversicherung" folgen müsse, üben Opposition und Verbände scharfe Kritik an den vorgesehenen Neuregelungen. So vermisst etwa die pflegepolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Nicole Westig, Maßnahmen für zu Hause betreute Pflegebedürftige sowie deren Angehörige und wirft der Koalition vor, sich mit der Anhebung des Zusatzbeitrags für Kinderlose "einen schlanken Fuß" zu machen und letztlich vor allem jüngere Generationen "über Gebühr" zu belasten.

Pia Zimmermann, Sprecherin für Pflegepolitik der Linken im Bundestag, stuft die Zuschüsse zum pflegebedingten Eigenanteil als "Mogelpackung" ein und glaubt auch nicht an eine Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs. "Und schon daran wird die Personalbemessung scheitern", prophezeit sie. Ihre Amtskollegin von den Grünen, Kordula Schulz-Asche, sieht die Bundesregierung nicht in der Lage, "die Probleme in der Pflege zu lösen". Stattdessen stellten ihre Versäumnisse die nächste Regierung "vor eine horrende Herausforderung gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode", moniert sie.

GKV: FINANZLÜCKE VON ZWEI MILLIARDEN EURO

Nach der Wahl warte eine "Reformbaustelle gewaltigen Ausmaßes", sagt auch der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Gernot Kiefer. Nicht nachvollziehen kann er, warum auf die zwischenzeitlich vorgesehene Finanzierung der Rentenversicherungsbeiträge pflegender Angehöriger durch den Bund wieder verzichtet wurde. So drohe trotz des geplanten Bundeszuschusses von einer Milliarde Euro bereits im kommenden Jahr eine Lücke von schätzungsweise rund zwei Milliarden Euro, so Kiefer. AOK-Chef Martin Litsch warnt davor, dass die geplanten Maßnahmen bei "fehlender Gegenfinanzierung einen Ausgabenanstieg auslösen" würden und die Reserven der Pflegekassen spätestens 2023 aufgebraucht seien. An "Etikettenschwindel" grenze es, so Litsch, wenn die "erforderliche und eigentlich schon eingeplante Dynamisierung aller Leistungen" nicht nur kassiert, sondern obendrein noch als "größter Finanzierungsbaustein" angeführt werde. Laut der Vorstandsvorsitzenden des Verbandes der Ersatzkassen (vdek), Ulrike Elsner, wäre ein dauerhaft höherer Bundeszuschuss und eine verbindliche Übernahme der Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen durch die Länder "unabdingbar".

Die PKV sieht einen Bundeszuschuss hingegen kritisch. "Der Einstieg in eine Steuerfinanzierung gaukelt Sicherheit lediglich vor", warnt Verbandsdirektor Florian Reuther, "macht aber die Pflege vom Bundeshaushalt abhängig, wo sie mit anderen Staatszielen konkurriert". Zudem sieht er die Private Pflegeversicherung (PPV) dadurch "in verfassungsrechtlich fragwürdiger Weise" benachteiligt. Als "großen Fehler" bezeichnet er den Wegfall der ursprünglich geplanten Förderung privater und betrieblicher Pflegevorsorge.

"KEINE GEWINNER, SONDERN EIGENTLICH NUR VERLIERER"

Nach Meinung des Deutschen Pfliegerates (DPR) sind zwar "in Einzelteilen" der Reform die richtigen Themen angesprochen, es fehle aber "die große Vision für eine Gesamtreform", so dessen Präsident Franz Wagner. Dazu gehörten neben Finanzierungsfragen etwa auch eine stärker sektorenübergreifende Leistungserbringung sowie eine noch weitreichendere Verlagerung von Kompetenzen hin zu Pflegefachkräften. Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) spricht dagegen mit Blick auf die geplante Kopplung von Versorgungsverträgen an eine tarifliche Bezahlung von einem für tausende Pflegeeinrichtungen existenzgefährdenden Schritt, der sich "auch spürbar auf die Versorgung pflegebedürftiger Menschen auswirken" werde. Auch der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) sieht "keine Gewinner, sondern eigentlich nur Verlierer". Pflegeunter-

nehmen drohe der "vollkommene Einstieg in die Planwirtschaft", wenn der Gesetzgeber die Einstellung und Bezahlung von Personal vorschreibe.

Demgegenüber warnen die Gewerkschaften vor möglichen Schlupflöchern. So bemängelt ver.di-Vorstandsmitglied Sylvia Bühler, es fehle ein "Mechanismus, der Gefälligkeitstarifverträge zwischen Pseudogewerkschaften und Pflegeanbietern, die weiterhin keine fairen Löhne zahlen wollen, ausschließt". Ohnehin sei das Gesetz nur die "zweitbeste Lösung" im Vergleich zu einem auf die gesamte Branche erstreckten Tarifvertrag. Dieser war im Februar an der Zustimmung von Caritas und Diakonie gescheitert (vgl. TPM 2021.09). Anja Piel, Bundesvorstandsmitglied beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), fürchtet ebenfalls, dass eine Tarifbindung ohne entsprechenden Tarifvertrag nur "ein zahloser Tiger" bleibt, der das "große Lohngefälle zwischen Ost und West, Süd und Nord" zementiere. Sie fordert die Einführung der "solidarischen Pflegebürgervollversicherung" in der neuen Legislaturperiode.

ROTHGANG: TEMPORÄRE ENTLASTUNG VON EINEM PROZENT

Heinz Rothgang, Leiter der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung am SOCIUM der Universität Bremen und am Montag als Einzelsachverständiger zur Anhörung des Ausschusses geladen, hält sowohl die Vorgaben zur Personalbemessung als auch die Zuschüsse zu den Eigenanteilen für unzureichend. So würden zum einen "lediglich 40 Prozent des bedarfsnotwendigen Personalmehrbedarfs umgesetzt", führt er in seiner Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung aus. Zum anderen werde der Anstieg des Eigenanteils "lediglich abgemildert", weil Heimbewohner:innen im Falle eines Anstieg um 100 Euro nach wie vor 61 Euro selbst zu tragen hätten.

Zudem sei die Entlastung auch "nur temporär", so der Pflegewissenschaftler. Kommen alle Reformelemente zum Tragen, verbleibe für Betroffene "eine Entlastung von lediglich einem Prozent des derzeitigen Gesamteigenanteils und im Zeitverlauf wird bereits in der zweiten Jahreshälfte 2023 wieder ein Eigenanteilsvolumen erreicht, das dem 1. Quartal 2021 entspricht". Insofern erkaufe die Reform "lediglich Zeit, statt das Problem final zu lösen", so Rothgang. Eine zusätzliche Belastung für Pflegebedürftige bedeute der Verzicht auf die Leistungsdynamisierung – der im Gegenzug jedoch auch nicht genüge, das Defizit zu decken. "Eine Lösung bietet hier die Verbreitung der Einnahmehasis durch Integration der Privatversicherten in die Sozialversicherung bzw. einen Finanzausgleich, die es erlauben würde, die Eigenanteile absolut zu begrenzen, ohne gleichzeitig den Beitragssatz anzuheben."

POSITIONEN

Andreas Westerfellhaus (Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege)

"Ich bin sehr froh, dass die nun vorliegende Pflegereform die dringendsten Probleme aufgreift, um sowohl Pflegebedürftige als auch Pflegekräfte zu entlasten. Mit der Begrenzung der Eigenanteile und der Einführung bundeseinheitlicher Personalschlüssel in der stationären Pflege sowie der verpflichtenden Entlohnung von Pflege- und Betreuungskräften nach Tarif werden auf den letzten Metern der Legislaturperiode echte Meilensteine gesetzt, um die künftige Pflegeversorgung sicherzustellen. Mehr Lohn, mehr Personal, mehr Kompetenzen für Pflegekräfte – die Bundesregierung hält Wort und verbessert die Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege. Pflegebedürftige werden mit den Mehrkosten nicht allein gelassen, sie erhalten von der Pflegeversicherung höhere Leistungsbeträge und Zuschüsse zu den Eigenanteilen. [...]"

(pflegebevollmaechtigter.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/VQ43dS>

Stephan Stracke MdB (stv. Vorsitzender, CDU/CSU-Fraktion)

"Die Pflegereform ist ein Meilenstein für Pflegekräfte und Pflegebedürftige. Wir begrenzen deutlich die Eigenanteile für Pflegebedürftige im Heim und sorgen für flächendeckend gute Löhne in der Pflege. Die Bezahlung nach Tarif ist ein starkes Signal an die vielen Pflege- und Betreuungskräfte, die tagtäglich großartige Arbeit leisten. Für Pflegebedürftige im Pflegeheim reduzieren wir spürbar die Eigenanteile bei den Pflegekosten. Die Entlastung beläuft sich auf bis zu knapp 600 Euro monatlich im Bundesdurchschnitt."

(cducusu.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/g2maM2>

Bärbel Bas MdB (stv. Vorsitzende, SPD-Fraktion)

"[...] Es war – das zeigt sich heute – richtig, dass Olaf Scholz und Hubertus Heil nach dem Scheitern eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrages mit dem Pflege-Tariftreue-Gesetz Druck auf Jens Spahn gemacht haben. Dadurch haben wir jetzt einen Erfolg für die Beschäftigten in der Pflege erreicht. Unsere Hartnäckigkeit hat sich gelohnt. [...] Die heutige Vereinbarung ist ein wichtiger erster Schritt. Der nächste Schritt zur Entlastung der Familien zu Pflegenden müssen die Deckelung der Pflegekosten und mittelfristig die Pflegebürgerversicherung sein. [...]"

(spdfraktion.de, 01.06.2021) <http://tsp.pm/mZwmc9>

Uwe Witt MdB (Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales, AfD-Fraktion)

"Die Abrechnung über die Pflegekasse kann laut Gesetzentwurf nur erfolgen, wenn Pflegekräfte nach Tarif bezahlt werden. [...] Dies ist ein Eingriff in die Tarifautonomie und zum wiederholten Male ein Eingriff in die soziale Marktwirtschaft. Zuerst schafft die Bundesregierung untragbare wirtschaftliche Zustände für Unternehmer und Beschäftigte, und dann spielt sie sich als Retter auf, um die von ihr verursachten Missstände zu beheben. [...]"

(afdbundestag.de, 31.05.2021) <http://tsp.pm/spTaDK>

Nicole Westig MdB (pflegepolitische Sprecherin, FDP-Fraktion)

"Der FDP-Fraktion ist eine angemessene Bezahlung in der Pflege wichtig. Doch die geplante Pflegereform ist leider nur Stückwerk. So thematisiert sie beispielsweise die mehr als Zweidrittel der Pflegebedürftigen, die zu Hause gepflegt werden, überhaupt nicht. Die pflegenden Angehörigen brauchen dringend mehr Entlastung. Die Große Koalition muss außerdem klären, dass flächendeckende Tarifverträge rechtssicher und verfassungskonform sind. Auch bei den steigenden Eigenanteilen für stationäre Einrichtungen greift die Reform zu kurz. [...] Mit der Erhöhung des Zusatzbeitrags für Kinderlose macht sich die Bundesregierung hier einen schlanken Fuß. Diese wird schnell zu einer Beitragssatzerhöhung für alle führen. [...]"

(fdpbt.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/gn2O1E>

Pia Zimmermann MdB (Sprecherin für Pflegepolitik, Fraktion Die Linke)

"Die Vorschläge für die Pflege sind ein Paradebeispiel für die Politik der Bundesregierung: Nicht nichts, aber auch kaum mehr. Vom dringend Notwendigen oder gar Möglichen ist es meilenweit entfernt. [...] Eine flächendeckende Lösung, die den Beruf insgesamt aufwertet, bleibt die Bundesregierung schuldig. Und schließlich bleibt die Vergütung Verhandlungssache zwischen Verbänden und Kassen auf Landesebene. Um den Personal-mangel zu beheben, braucht es stattdessen eine spürbare Erhöhung der Grundgehälter um ca. 500 Euro monatlich, sofort und dauerhaft, verlässlich und flächendeckend. Mehr Personal wird mit diesem Minimalschritt weder gewonnen noch gehalten. Und schon daran wird die Personalbemessung scheitern. Die vermeintliche finanzielle Entlastung von Menschen, die im Heim leben, ist eine Mogelpackung. Statt einer Deckelung der Eigenanteile jetzt ein Zuschuss, der steigende Eigenanteile nicht verhindert. [...]"

(linksfraktion.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/MnPZy9>

Kordula Schulz-Asche MdB (Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

"[...] Was die jetzige Bundesregierung als Änderungsanträge zu einem Aller-Welt-Gesetz vorlegt, ist keine Pflegereform und lässt die Schuldenuhr bei den pflegebedürftigen Menschen immer schneller ticken. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Probleme in der Pflege zu lösen, sondern ihre Versäumnisse die künftige Bundesregierung vor eine horrende Herausforderung gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode stellen wird. [...]"

(gruene-bundestag.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/Oq7x3E>

Prof. Christel Bienstein (Präsidentin, DBfK)

"[...] Es braucht einen Systemwechsel in der Pflegeversicherung hin zu einer solidarischen Finanzierung von Pflege mit einem dynamisch steigenden Steuerzuschuss, der dem Bedarf angepasst ist. Pflege muss endlich als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. [...] Wir brauchen jetzt Maßnahmen, durch die wirkliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, der Personalsituation und der Gehälter auf den Weg gebracht werden, statt lauer Reförmchen, die nur zeigen sollen, dass irgendetwas getan wurde, um die Konzertierte Aktion Pflege und die Roadmap als Erfolg zu propagieren. [...]"

(dbfk.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/8IFZNd>

Sylvia Bühler (Mitglied im Bundesvorstand, ver.di)

"Es gibt im Gesetzentwurf keinen Mechanismus, der Gefälligkeitstarifverträge zwischen Pseudogewerkschaften und Pflegeanbietern, die weiterhin keine fairen Löhne zahlen wollen, ausschließt. Auch mit solchen Tarifverträgen wäre dann die Voraussetzung für einen Versorgungsvertrag erfüllt. [...] Wir brauchen ein Gesetz, das wasserdicht ist gegen die absehbaren Versuche vor allem der kommerziellen Pflegeanbieter, Schutzwirkungen für die Beschäftigten zu umgehen. [...]"

(verdi.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/kWtZhV>

Ulrike Elsner (Vorstandsvorsitzende, vdek)

"Wir brauchen eine Rundum-Reform der Pflegeversicherung, die die Finanzierung der Pflege langfristig sichert und Pflegebedürftige spürbar entlastet. Dafür ist ein dauerhaft höherer Steuerzuschuss für die Pflegeversicherung und die verbindliche Übernahme der Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen durch die Bundesländer unabdingbar."

(vdek.com, 01.06.2021) <http://tsp.pm/ApsLXb>

Jürgen Hohl (Geschäftsführer, IKK)

"[...] Die mit den Änderungsanträgen der Regierungsfractionen eingebrachten Vorschläge zur Begrenzung der Eigenanteile und bessere Entlohnung der Beschäftigten in der Pflege sowie die Einführung eines dauerhaften Bundeszuschusses sind wichtige erste, aber längst nicht ausreichende Maßnahmen. Auch spitzen die vorgesehenen Verbesserungen die Finanzlage der sozialen Pflegeversicherung weiter zu. Der Reformbedarf wird also auch in der nächsten Legislaturperiode bestehen bleiben."

(per Mail, 07.06.2021)

Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer, BDA)

"Die Pflegereform ist leider ein angekündigter Wortbruch der Bundesregierung und ein wenig zielführender Aktionismus im politischen Schlussverkauf der endenden Legislatur. Nach dem Motto 'Nach mir die Sintflut' werden neue Kosten für die Pflegeversicherung produziert, die mit der jetzt beschlossenen Gegenfinanzierung schon im kommenden Jahr nicht mehr bezahlt werden können und daher unweigerlich zu Beitragssatzsteigerungen führen werden. Damit werden die strukturellen Herausforderungen der Pflegeversicherung nicht gelöst und die nachfolgenden Generationen ebenso wie die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zum Spielball parteipolitischer Profilierung. [...]"

(arbeitgeber.de, 01.06.2021) <http://tsp.pm/iHQSmj>

Gernot Kiefer (stv. Vorstandsvorsitzender, GKV-SV)

"Die jetzt vorliegenden Änderungsanträge spitzen die Finanzlage der Pflegeversicherung weiter zu. Bereits 2022 könnte eine Beitragssatzerhöhung die Folge sein. [...] Es ist verständlich, dass die lange vorgesehene Steuerfinanzierung der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige wieder gestrichen wurde. Das wäre eine echte, dauerhafte und sinnvolle Entlastung der Pflegeversicherung von jährlich rund drei Milliarden Euro gewesen. Stattdessen soll es (immerhin) einen Steuerzuschuss von lediglich einer Milliarde Euro geben. Nach ersten vorsichtigen Schätzungen erwarten wir im nächsten Jahr trotz der angekündigten Beitragserhöhung für Kinderlose eine Finanzierungslücke von rund zwei Milliarden Euro. Eine nachhaltige Pflegefinanzierung sieht anders aus. Mit den jetzt vorliegenden Änderungsanträgen ist klar, dass die neue Bundesregierung eine Reformbaustelle gewaltigen Ausmaßes erben wird. [...]"

(gkv-spitzenverband.de, 01.06.2021) <http://tsp.pm/RwldKn>

Thomas Knieling (Bundesgeschäftsführer, VDAB)

"Diese Pflegereform ist eine Mogelpackung für Pflegeversicherte, eine Zumutung für Pflegeunternehmen und eine schwere Bürde für die Gesellschaft und vor allem für die junge Generation. Eine Mogelpackung, weil der finanzielle Eigenanteil, den Versicherte aufbringen müssen, nicht wie versprochene begrenzt oder gar gedeckelt worden ist. [...] Die Zumutung für die Pflegeunternehmen ist der vollkommene Einstieg in die Planwirtschaft. Denn der Gesetzgeber schreibt vor wieviel Personal einzustellen ist und was diesem bezahlt werden muss. Die Kassen bestimmen darüber hinaus die Preise für professionelle Pflege. [...] Schließlich ist die Pflegereform auch eine schwere Bürde, denn die Gegenfinanzierung ist schlicht unseriös. [...]"

(vdab.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/kDkHe5>

Franz Knieps (Vorstand, BKK Dachverband)

"Dass noch in dieser Wahlperiode die Eigenanteile von Pflegebedürftigen reduziert und die Kompetenzen bei Pflegefachkräften gestärkt werden, entspricht jeweils unseren Forderungen. Beides sind jedoch so, wie sie jetzt geregelt werden, nur erste Schritte. In der nächsten Legislaturperiode gehört das Thema also wieder – und dann ganz grundsätzlich – auf die Agenda: Substitution statt Delegation, neue Finanzierungs-, Leistungs- und Versorgungsansätze müssen diskutiert werden und wir müssen zu Lösungen kommen. Sonst bleibt es bei einer Flickschusterei."

(bkk-dachverband.de, 04.06.2021) <http://tsp.pm/voSIUA>

Ulrich Lilie (Präsident, Diakonie Deutschland)

"Der Entwurf einer demografiefesten Pflegeversicherung bleibt trotz dieser Beschlüsse, die in die richtige Richtung weisen, eine der wichtigsten Aufgaben auch der nächsten Bundesregierung. Die Anhebung der Gehälter für alle Pflegekräfte auf das Niveau von Tarifverträgen oder kirchlichen Vereinbarungen ist zwar ein wichtiger Schritt, um die Pflege zukunftsfest zu machen. Es müssen aber noch verbindliche Personalbemessungsrichtlinien folgen. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte deutlich verbessert werden. [...]"

(diakonie.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/MELRdd>

Martin Litsch (Vorstandsvorsitzender, AOK-BV)

"[...] Was jetzt auf den letzten Metern der Legislaturperiode von der Koalition vorgelegt wird, ist [...] unausgegoren, bleibt Stückwerk und zementiert die sektoralen Strukturen der Sozialen Pflegeversicherung. Zwar werden teilweise die richtigen Probleme und Ziele benannt – nämlich eine faire und tarifgebundene Bezahlung von Pflegekräften sowie die Begrenzung von privaten Eigenanteilen bei der Finanzierung von stationärer Pflege. [...] Eine nachhaltige und sachgerechte Entlastung der Pflegeversicherung über Steuermittel, für die jährlich rund drei Milliarden Euro zur Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge von pflegenden Angehörige notwendig wären, sucht man vergeblich. [...] Die beschlossenen Maßnahmen werden bei fehlender Gegenfinanzierung einen Ausgabenanstieg auslösen, der das Finanzierungsproblem der Sozialen Pflegeversicherung bereits im Jahr 2022 drastisch verschärfen wird. [...] Ein Finanzierungskonzept, das auf den schon 2021 nicht ausreichenden Finanzrücklagen basiert, ist vom ersten Tag an zum Scheitern verurteilt."

(aok-bv.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/fZn9Xg>

Dr. Markus Mai (Präsident, Landespflegekammer Rheinland-Pfalz)

"Die Initiative des Bundeskabinetts begrüßen wir grundsätzlich sehr. Für eine nachhaltige Reform der Lohnstruktur in der beruflichen Pflege sind allerdings größere Schritte notwendig. Auch die Entlastung der Pflegebedürftigen ist gut gedacht, findet jedoch in der Praxis kaum statt. Daher plädieren wir hier für eine Selbstkostendeckung. Zudem finden wir es bedauerlich, dass der Bund die Pflegeversicherung lediglich mit einer Milliarde Euro im Jahr unterstützen möchte. Dieser Betrag ist eindeutig zu gering, genau wie der Beitragsanstieg. [...]"

(pflegekammer-rlp.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/9Ps2Rq>

Bernd Meurer (Präsident, bpa)

"Das ist wirklich ein schwarzer Tag für die private Altenpflege in Deutschland. [...] Versorgungsverträge an eine tarifliche Entlohnung zu koppeln, ohne betriebliches Risiko und unternehmerisches Wagnis angemessen zu berücksichtigen, schnürt den Unternehmen die Luft ab. Dabei sind wir überhaupt nicht gegen noch bessere Bezahlung in der Altenpflege. Wenn aber die vollständige und unkomplizierte Refinanzierung der Löhne und die angemessene Berücksichtigung des betrieblichen Risikos und des unternehmerischen Wagnisses nicht gesichert ist, geht es den Unternehmen an den Kragen. [...]"

(bpa.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/4VVPrB>

Anja Piel (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, DGB)

"[...] Es ist eben keine große Reform, sondern nur der kleinste gemeinsame Nenner, mit dem sich Spahn um fünf vor Zwölf über die Bundestagswahl retten will – damit ist aber niemandem wirklich geholfen. Die vorgesehene Kostenerstattung von Pflegeleistungen bei Tarifbindung bringt den meisten Beschäftigten nichts, solange nicht bundesweit ein guter allgemeinverbindlicher Tarifvertrag gilt. Eine Tarifbindung ohne diesen Tarifvertrag ist aber ein zahnloser Tiger und zementiert allenfalls das große Lohngefälle zwischen Ost und West, Süd und Nord. [...] Jetzt muss die nächste Bundesregierung eine Pflegereform anstoßen, die diesen Namen auch verdient: Die solidarische Pflegebürgervollversicherung muss kommen."

(dgb.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/zEdX7b>

Dr. Florian Reuther (Verbandsdirektor, PKV-Verband)

"[...] Der Einstieg in eine Steuerfinanzierung gaukelt Sicherheit lediglich vor, macht aber die Pflege vom Bundeshaushalt abhängig, wo sie mit anderen Staatszielen konkurriert. [...] Es ein großer Fehler, dass die vorgesehene Förderung privater oder betrieblicher Pflegezusatzversicherungen unter den Tisch gefallen ist. [...]"

(pkv.de, 04.06.2021) <http://tsp.pm/bJTxbc>

Franz Wagner (Präsident, DPR)

"Die Pflegereform 2021 ist Stückwerk einer Politik, die sich nicht auf das Gesamte konzentriert, sondern versucht, einzelne Baustellen in Minischritten zu schließen. Die Reform ist zwar besser als nichts, aber viele Probleme bleiben. [...] Es fehlt die große Vision für eine Gesamtreform. Hierzu gehört u. a. die Klärung der Finanzierung, die Investitionskostenfrage wie auch eine stärker sektorenübergreifende Leistungserbringung sowie eine noch weitreichendere Kompetenzverlagerung hin zu den Pflegefachpersonen als diese jetzt geplant ist. [...] Der nächsten Bundesregierung bleibt ein enormer Reformauftrag. Die jetzigen Vorschläge müssen ergänzt und wo nötig miteinander verknüpft werden. Das muss in den kommenden Koalitionsverhandlungen Bestandteil dieser sein. [...]"

(deutscher-pflegerat.de, 03.06.2021) <http://tsp.pm/st2Kz7>

DOKUMENTE

Änderungsanträge der Fraktionen CDU/CSU und SPD zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG)

<http://tsp.pm/kBGXGg>

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) (19/26822)

<http://tsp.pm/TyTy8X>

Antrag der Fraktion Die Linke: Solidarische Pflegevollversicherung umsetzen (19/24448)

<http://tsp.pm/KHOM3q>

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Pflegeversicherung verlässlich und solidarisch gestalten – Die doppelte Pflegegarantie umsetzen (19/14827)

<http://tsp.pm/RtcqID>

Stellungnahmen zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit am 07.06.2021

<http://tsp.pm/kUfRVX>

WEITERE QUELLEN

Pressekonferenz von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zur Pflegereform und weiteren Beschlüssen am 02.06.2021 (Video)

<http://tsp.pm/Gvz0oj>

 ANALYSE II

FORSCHUNG FÜR MEHR IT-SICHERHEIT

DIGITALISIERUNG

FORSCHUNG

GESUNDHEITSWESEN

SICHERHEIT

MAXIMILIAN ZECH

Nach Angaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wurden allein 2020 in Deutschland 117,4 Millionen neue Schadprogrammvarianten gezählt, bis zu 20.000 Computersysteme täglich von Bots infiziert und mehr als 24 Millionen Patient:inendatensätze waren zeitweise frei im Internet zugänglich. Die Bundesregierung will auf diese alarmierenden Zahlen mit einer Forschungsoffensive reagieren. "Forschung und deren wirkungsvoller Transfer in die Praxis bauen die Kompetenzen auf, die in einer digitalen Welt geprägt von globalisierten Wertschöpfungsketten, Plattformökonomie und Netzwerkeffekten dringend notwendig sind", heißt es in einer Mitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Darum hat das Bundeskabinett am Mittwoch das neue Forschungsrahmenprogramm zur IT-Sicherheit 2021-2026 beschlossen, das eine Fortsetzung und Aktualisierung des Programms "Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt 2015-2020" darstellt. Es soll ressortübergreifend sämtliche Aktivitäten zur IT-Sicherheitsforschung bündeln und die Entwicklung sicherer technischer Lösungen für Bürger:innen, Wirtschaft und Staat fördern. Mindestens 350 Millionen Euro soll das BMBF bis 2026 in entsprechende Forschungsvorhaben investieren. Vor dem Hintergrund des Kabinettsbeschlusses betonte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) die enorme Bedeutung von IT-Sicherheit für alle Lebensbereiche: "Ohne IT-Sicherheit können wir nicht sicher sein, dass unser Wasserhahn noch läuft, die U-Bahn fährt, eine Überweisung richtig ankommt. Wir können nicht sicher sein, dass Autos produziert und Kranke versorgt werden können. Ohne IT-Sicherheit können wir nicht sicher sein, dass unsere Demokratie funktioniert."

GANZHEITLICHER BLICK AUF IT-SICHERHEIT

Der Schwerpunkt des Programms soll ausdrücklich nicht nur auf technischen Innovationen, sondern auch auf Fragen zu Privatheit, Datenschutz und Selbstbestimmung liegen, teilt das BMBF mit. Zu den strategischen Zielen, die im Rahmenprogramm formuliert sind, gehört etwa auch die Erkennung und Bekämpfung von Desinformationskampagnen in den sozialen Medien. Ebenso will die Bundesregierung IT-Sicherheitsforschung und Industrie besser miteinander verknüpfen und unter anderem Ausgründungen fördern. Die bestehenden nationalen Forschungseinrichtungen zur IT-Sicherheit sollen weiterentwickelt und die Bedingungen für Forschende verbessert werden. Darüber hinaus plant die Bundesregierung, durch mehr Aus- und Weiterbildungen allgemein die Qualifikationen im Bereich IT-Sicherheit zu erhöhen. "Diese Kombination aus starker Forschung, hoher Lebensqualität und hervorragendem Personal wird dazu beitragen, Deutschland zu einem der attraktivsten Standorte für die Entwicklung von IT-Sicherheitskomponenten weltweit zu machen", wird im Programm angekündigt. Gestärkt werden sollen insbesondere auch Kompetenzen, die zu einem Abbau von bestehenden technologischen Abhängigkeiten beitragen und die Entwicklung und Produktion eigener sicherheitskritischer Komponenten ermöglichen können.

Im Rahmenprogramm wird zugleich eine Reihe von Herausforderungen genannt, vor denen die IT-Sicherheitsforschung stehe. So gebe es etwa noch viele offene Fragen, wie Datenräume und Produkte sicher und nutzerfreundlich gestaltet werden können. Allgemein müsse das Vertrauen in Informations- und Kommunikationssysteme (IKT) durch ein hohes Maß an Sicherheit gewährleistet werden. Vor diesem Hintergrund müssten insbesondere Strafverfolgungsbehörden besser als bisher in die Lage versetzt werden, gegen Cyberkri-

minalität vorzugehen. Betont wird auch die zunehmende allgemeine Bedeutung von Künstlicher Intelligenz (KI). Die Forschung stehe hier unter anderem vor der Herausforderung, Methoden und Verfahren zu entwickeln, wie die Qualität und Herkunft von Daten verifiziert werden können. Offene Fragen gäbe es auch hinsichtlich der Möglichkeiten zur Zertifizierung von KI-Anwendungen.

SCHUTZ FÜR INDUSTRIE 4.0 UND KRITIS

Besonders bedeutsam sei IT-Sicherheit auch für die Wirtschaft, wird im Programm konstatiert. Zentrale Herausforderung für die Forschung sei in diesem Kontext die Entwicklung sicherer Produkte und Anwendungen entlang der jeweiligen Wertschöpfungskette. So gelte es, für die Industrie Antworten auf die Frage zu finden, wie die Sicherheit von Maschinen und Anlagen über deren gesamten Lebenszyklus hinweg gewährleistet werden könne. Sicherheitslösungen müssten auch im Nachhinein integriert werden können. Wichtig sei ebenfalls die reibungslose Vernetzung durch sichere Kommunikationsschnittstellen. Als weitere besonders sensible Bereiche, in denen die IT-Sicherheit gestärkt werden soll, werden im Programm unter anderem der Komplex "Medizin, Gesundheit und Pflege" sowie andere Kritische Infrastrukturen (KRITIS) identifiziert. Neben dem Schutz von Daten gehe es im Medizinsektor auch um die Klärung von Haftungsfragen im Falle eines Hacks, teilt die Bundesregierung mit. "IT-Sicherheitssysteme sind nicht unfehlbar und Fehler haben weitreichende juristische und finanzielle Konsequenzen, besonders in Bereichen mit sehr sensiblen Daten."

Zum Schutz von KRITIS könnten insbesondere KI-basierte Lösungen beitragen, die Störungen und Anomalien in Echtzeit erkennen und automatisiert Gegenmaßnahmen einleiten, heißt es im Programm. "Einige KRITIS-Bereiche können nur EU-weit geschützt werden, wie der Finanzdienstleistungs- und der schienengebundene Transportsektor", schreibt die Bundesregierung. "Andere können auch im deutschen Wirtschaftsraum geschützt werden, wie das digitale Gesundheitssystem." Als besonders schutzbedürftig werden auch die Bereiche "Autonomes und vernetztes Fahren", Lieferketten, Rechner- und Chiparchitekturen sowie die Quantentechnologie eingestuft. Ein Forschungsschwerpunkt müsse hier vor allem auf der Verbesserung von sicheren Quantenkommunikationssystemen liegen, teilt die Bundesregierung mit. Dabei handle es sich um eine "Schlüsseltechnologie für abhörsichere Vernetzung auf Basis grundlegender physikalischer Effekte". Grundsätzlich biete die neue Quantentechnologie die Chance, Sicherheit von Anfang an "by design" zu integrieren.

FORSCHUNG UND WIRTSCHAFT BESSER VERNETZEN

Die Bundesregierung gibt im Forschungsrahmenprogramm auch einen Überblick über die Maßnahmen, mit denen die genannten Herausforderungen bewältigt werden sollen. "Neben der Förderung von Forschung an Hochschulen und Universitäten, institutionellen Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft ist ein gut qualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchs Voraussetzung dafür, Forschungskompetenz, Innovationsfähigkeit und die akademische Ausbildung in Deutschland nachhaltig zu sichern", heißt es in dem Dokument. Wissenschaftlicher Nachwuchs soll bereits in den Schulen und darüber hinaus durch Programme gefördert werden. Durch horizontale Förderprojekte sollen die Kompetenzen aus Universitäten, Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft gebündelt werden. Außerdem sollen die drei bereits bestehenden nationalen Forschungszentren zur IT-Sicherheit – das Nationale Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit ATHENE in Darmstadt, das Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit CISPA in Saarbrücken und das Kompetenzzentrum für Angewandte Sicherheitstechnologie KASTEL am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) – weiterentwickelt und sowohl national als auch international stärker vernetzt werden.

Daneben will die Bundesregierung die engere Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft durch Projekte und Initiativen fördern und so Barrieren für den Markteintritt neuer Innovationen abbauen. Gezielte Unterstützung sollen auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Start-ups erhalten, indem bestehende Förderinitiativen ausgebaut und neue Formate entwickelt werden. "Besonders wichtig sind dabei Vernetzungsformate, um den Transfer zwischen Start-ups untereinander sowie zu potenziellen Kunden und Investoren zu stärken und zu beschleunigen", heißt es im Programm. Das Ziel sei auch hier, Produkte schneller auf den Markt zu bringen.

Ebenfalls gefördert werden sollen in den kommenden Jahren mehrere interdisziplinäre Forschungsnetzwerke wie das Forschungsnetzwerk Depersonalisierung und Anonymisierung und die Plattform Privatheit. Durch die Gründung neuer regionaler Innovationscluster und Forschungshubs zu Quantentechnologie und 6G sollen auch Sicherheitsaspekte in diesem Kontext erforscht und weiterentwickelt werden. Ebenso ist die Vertiefung schon bestehender internationaler Kooperationen sowie eine enge Zusammenarbeit der deutschen Forschungslandschaft mit dem neuen EU-Kompetenzzentrum für Cybersicherheit geplant. Durch eine breit angelegte Kommunikationskampagne will das BMBF außerdem größere Teile der Bevölkerung für die Bedeutung der IT-Sicherheitsforschung sensibilisieren.

POSITIONEN

Anja Karliczek MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung)

"In einer Welt, in der alle Lebensbereiche zunehmend von Digitalisierung geprägt sind, müssen wir uns auf die digitale Sicherheit absolut verlassen können. Ohne IT-Sicherheit gibt es heutzutage keine Sicherheit im Alltag mehr. Den Grundstein für eine sichere digitale Welt, in der wir die zahlreichen Chancen der Digitalisierung selbstbestimmt nutzen können, legen wir mit exzellenter IT-Sicherheitsforschung. Wir stehen hierbei vor komplexen Herausforderungen, die mit der Datenexplosion sowie dem Aufkommen neuer Technologien weiter zunehmen werden: Cyberangriffe auf staatliche Institutionen, Hochschulen oder Unternehmen, gezielte Desinformationen in sozialen Netzwerken oder auch Quantencomputer, die mit ihrer enormen Rechenleistung künftig gängige Verschlüsselungsverfahren überwinden. [...] Wir müssen daher jetzt handeln: Die digitale Welt sicher zu gestalten, ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für Deutschland und die Europäische Union. Forschung für IT-Sicherheit und Privatheit in der digitalen Welt ist hierfür der Schlüssel. Mit dem neuen Forschungsprogramm 'Digital. Sicher. Souverän.' stellt das Bundesforschungsministerium 350 Millionen Euro bis 2026 bereit. [...]"

(bmbf.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/aK3hCb>

Dr. Jens Zimmermann MdB (digitalpolitischer Sprecher, SPD-Fraktion)

"Der Erhalt und in einigen Bereichen die Rückgewinnung der digitalen Souveränität und technologischen Kompetenz sind Voraussetzung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Das Wissen und eigene Fähigkeiten sind zudem unverzichtbar, um die Sicherheit und den Schutz der Privatsphäre überhaupt bewerten und überprüfen zu können. Forschung für IT-Sicherheit und Privatheit in der digitalen Welt sind daher der zentrale Ansatz, um auch in Zukunft ein digitalisiertes Leben auf der Basis von Vertrauen und Sicherheit zu ermöglichen."

(spdfraktion.de, 02.06.2021) <http://tsp.pm/LqitWe>

DOKUMENTE

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Digital. Sicher. Souverän.
Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit. (06.2021)
<http://tsp.pm/UDUE2r>



ÜBERSICHT DER KW 22

Ergebnisse der politischen Arbeit vom 31.05. bis 06.06.2021



BUNDESREGIERUNG

Bundesregierung

"Wir müssen die Pandemie weltweit bekämpfen"

Bundesregierung

3. Deutsch-Französischer Technologiedialog – Stärkung der Widerstandsfähigkeit der europäischen Medizin- und Pharmaindustrie

BMBF

Karliczek: Spätfolgen von Covid-19 entschlüsseln, um Betroffene bestmöglich behandeln zu können

BMFSFJ

Analyse belegt Wirkung Lokaler Allianzen

BMU

Bundesumweltministerin Schulze und Spitzen der Wohlfahrtsverbände fordern Klima-Investitionsoffensive für die Sozialwirtschaft



BUNDESTAG

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Impfstoffe gegen das Coronavirus auch für Allergiker

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Reduktionsstrategie für Zucker, Fette und Salz

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Regulierung der Werbung für Lebensmittel

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Pandemiebedingte Ausgaben des Gesundheitsfonds

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Anerkennung von Covid 19 als Berufskrankheit

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

AfD erkundigt sich nach Pneumokokken-Impfstoff

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

AfD fragt nach digitalem Impfpass

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Essstörungen in der Coronakrise

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

AfD erkundigt sich nach Corona-Immunität

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Aufklärung über vollständigen Impfschutz

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

FDP fragt nach Gesundheitskompetenz

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

FDP fragt nach Nutzung der Corona-Schnelltests

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Grüne fragen nach Suizidprävention

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Gesundheit von Kindern in der Pandemie

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Fragen zum Traumaregister

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Starker Patentschutz für Innovationskraft "Made in Germany"

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Koalitionsfraktionen einigen sich auf Patentrechtsmodernisierungsgesetz

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Neue Forschungsförderung zu Long Covid

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Spangenberg: Unlautere Machenschaften beim Testen – Inkompetenz der Bundesregierung in Sachen Corona

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Witt: Deutschland muss bei neuer Generation von Arzneimitteln konkurrenzfähig werden

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Aschenberg-Dugnus: Mehr gesellschaftliches, wirtschaftliches und soziales Leben ermöglichen

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Welt Nichtrauchertag: Gesundheit vor Profite

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Organspende: Spendewillen dokumentieren, Krankenhausstrukturen stärken

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Maria Klein-Schmeink zu den aktuellen Recherchen des Spiegels über die Verwendung minderwertiger Masken

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Kordula Schulz-Asche: Klare Strategie nach Aufhebung der Impfpriorisierung nötig

 **BUNDESRAT**

Keine Ergebnisse

 **GEMEINSAMER BUNDESAUSSCHUSS**

Aktuelle Beschlüsse

 **STAKEHOLDER**

AOK et al.

Kassenverbände fordern Ist-Kosten-Ausgleich für Corona-Kinderkrankengeld schon für das Jahr 2021

IKK

Selbstverwaltung stärken, nicht schwächen!

vdek

Streichung von Ausnahmetatbeständen bei Nichteinhaltung ist richtig!

BPtK

Raster-Psychotherapie "abgeräumt"

DKG, VUD

Gemeinsame Erklärung von DKG und VUD: Zur Pandemie nun Bürokratie für die Krankenhäuser

Hartmannbund

Pandemie-Bewältigung: Reinhardt fordert professionelle Routine statt Daueralarm

vzbv

Strenge Regeln für Zucker- und Fettbomben nötig

ABDA

Umfrage zeigt: Patienten wissen wenig über E-Rezept

vfa

Pandemievorbereitung: Flexibilität ist Trumpf

Wirtschaftsforum der SPD

SPD-Wirtschaftsforum veröffentlicht Industriepapier "Made in Germany 2030"



BUNDESREGIERUNG

03.06.2021

"WIR MÜSSEN DIE PANDEMIE WELTWEIT BEKÄMPFEN"

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/eHBVFJ	–

Bundesgesundheitsminister Spahn hat beim G7-Gesundheitsministertreffen in Oxford für ein global abgestimmtes Vorgehen gegen die Coronavirus-Pandemie geworben. Beim Treffen ging es unter anderem um die internationale Kooperation bei der Impfstoffproduktion und -verteilung. "Ob wir dieses Virus, ob wir diese Pandemie unter Kontrolle bringen, entscheidet sich auch in Afrika, in Indien oder in Asien", sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn beim G7-Gesundheitsministertreffen am Donnerstag in Oxford (Vereinigtes Königreich). Er warb dafür, die Coronavirus-Pandemie global abgestimmt zu bekämpfen. Die internationale Staatengemeinschaft müsse über die G7 hinaus bei der Impfstoffproduktion und der Verteilung zusammenarbeiten, so Spahn. Der Bundesgesundheitsminister verwies zudem auf das von der Weltgesundheitsorganisation WHO derzeit in Berlin geplante internationale Frühwarnzentrum: "Deutschland kann in der internationalen Gesundheitspolitik und in der Pandemie-Vorsorge eine weltweit führende Rolle mit einnehmen."

GESUNDHEITSWESEN

MEDIZIN

VERSORGUNG

IMPFFEN

INTERNATIONAL

BUNDESREGIERUNG

31.05.2021

3. DEUTSCH-FRANZÖSISCHER TECHNOLOGIEDIALOG – STÄRKUNG DER WIDERSTANDSFÄHIGKEIT DER EUROPÄISCHEN MEDIZIN- UND PHARMAINDUSTRIE

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/mAg9jp	–

Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident Emmanuel Macron, die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, die EU-Kommissare Thierry Breton und Stella Kyriakides, die Bundesminister Peter Altmaier und Jens Spahn, der französische Minister Olivier Véran und die französische Ministerin Agnès Pannier-Runacher haben heute zusammen mit führenden Vertretern der europäischen Industrie erörtert, wie die Widerstandsfähigkeit der europäischen Medizin- und Pharmaindustrie gestärkt werden kann. [...] Schwerpunkt des Gesprächs war die Beseitigung von Schwachstellen im Gesundheitssektor. So kam es durch die aktuelle Pandemie zu Engpässen bei wichtigen Gesundheitsprodukten. Bedeutende medizinische Fortschritte in bestimmten Therapiebereichen konnten nicht in vollem Umfang genutzt werden. Des Weiteren wurde die Notwendigkeit unterstrichen, medizinische Forschung zu beschleunigen und die Arbeit der wichtigsten Akteure für einen schnellen Einsatz von Behandlungslösungen stärker zu koordinieren. Die Teilnehmer erörterten außerdem den Ausbau von Produktionskapazitäten zur Deckung des Bedarfs. Sie hoben hervor, dass pharmazeutische Widerstandsfähigkeit weit über den Kampf gegen die Pandemie hinausgeht. Sie umfasst vielmehr auch Aspekte wie beispielsweise den Zugang zu Antibiotika oder den Ausbau von Produktionskapazitäten für antivirale Medikamente und Medikamente der Intensivpflege sowie fortschrittliche Zell- und Gentherapie. Zudem betonten die Teilnehmer die Wichtigkeit von Daten und künstlicher Intelligenz für die Zukunft der pharmazeutischen Industrie.

Zu diesem Zweck diskutierten die Teilnehmer die mögliche Einführung eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI), das allen EU Mitgliedstaaten offensteht. [...] Die Ministerien wurden beauftragt, ein detaillierteres Konzept für gemeinsame deutsch-französische Projekte auszuarbeiten und zusammen mit der Europäischen Kommission eine Roadmap für ein mögliches IPCEI bis Ende des Jahres zu entwickeln.

GESUNDHEITSWESEN

WIRTSCHAFT

EU

BMBF

31.05.2021

KARLICZEK: SPÄTFOLGEN VON COVID-19 ENTSCHLÜSSELN, UM BETROFFENE BESTMÖGLICH BEHANDELN ZU KÖNNEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/BuvpxA	–

Jede Ansteckung mit SARS-CoV-2 birgt das Risiko auf langfristige gesundheitliche Schäden. Aufgrund der Neuartigkeit der Erkrankung fehlen derzeit aber noch wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu diesen Spätfolgen. Sie zu gewinnen, ist Gegenstand einer neuen Förderrichtlinie, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) heute auf den Weg bringt. Dazu erklärt Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: "[...] Im Netzwerk Universitätsmedizin, das vom BMBF gefördert wird, beschäftigt sich schon jetzt das Kohortenprojekt NAPKON mit den Spätfolgen von Covid-19. Aber auch in vielen anderen Studien haben unterschiedliche Akteure damit begonnen, Informationen über Long-Covid zu sammeln und Wissen zu generieren. Diese zum Teil nur lokal erhobenen Daten gilt es nun zu bündeln, auszuwerten und weiterzuentwickeln, damit sie möglichst schnell in die Behandlung und Versorgung der Menschen einfließen können. Deshalb wollen wir jetzt insbesondere Projekte fördern, die auf bestehenden Forschungsarbeiten aufbauen und sie ergänzen. Zudem werden die Ergebnisse der Projekte Aufschluss darüber geben, wo weitere Forschungsbedarfe im Zusammenhang mit Long-Covid liegen." [...]

FORSCHUNG

MEDIZIN

FÖRDERUNG

BMFSFJ

03.06.2021

ANALYSE BELEGT WIRKUNG LOKALER ALLIANZEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/bzlXsb	–

Das Bundesprogramm "Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz" des Bundesseniorenministeriums hat den Aufbau von lokalen Unterstützungsnetzwerken nachhaltig gefördert. Die mit Hilfe des Bundesprogramms von 2012 bis 2018 auf- und ausgebauten 500 Lokalen Allianzen leisten vor Ort einen wichtigen Beitrag für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen und verbessern so ihre Lebenssituation. Diese Erkenntnisse zeigt die Wirkungsanalyse des Bundesprogramms, zu der am 1. Juni ein zweiter Bericht veröffentlicht wurde. Zeitgleich erschien eine Zusammenfassung mit den Gesamtergebnissen zur Wirkung des Programms. [...]

VERSORGUNG

FÖRDERUNG

BMU

01.06.2021

BUNDESUMWELTMINISTERIN SCHULZE UND SPITZEN DER WOHLFAHRTSVERBÄNDE FORDERN KLIMA-INVESTITIONSOFFENSIVE FÜR DIE SOZIALWIRTSCHAFT

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/XYp7SL	–

Bundesumweltministerin Svenja Schulze und die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege fordern gemeinsam eine "Investitionsoffensive für die Sozialwirtschaft", damit Kitas, Pflegeheime oder Krankenhäuser die ökologische Transformation personell und finanziell stemmen können. Das ist das Ergebnis eines heutigen Spitzengespräches von Ministerin und Wohlfahrtsverbänden. Im Einsatz gegen den Klimawandel stehen soziale Dienste und Einrichtungen vor großen Umstellungen: von der energetischen Sanierung ihrer Gebäude über umweltfreundlichere Fahrzeugflotten bis hin zur Anpassung an die Herausforderungen der Erderhitzung. Aufgrund ihrer spezifischen Finanzierung können soziale Dienste und Einrichtungen das nicht ohne zusätzliche Hilfe schaffen. Konkret bedarf es einer Reform der Finanzierungsgrundlagen für soziale Dienstleistungen, verlässlicher Förderkulissen und Beratungsangebote für gemeinnützige Akteure.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: "Klimaschutz ist längst nicht mehr nur ein Thema für die Umweltpolitik, sondern betrifft alle Bereiche. Darum ist mir der Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden so wichtig. Ich habe bereits einige Verbesserungen für die Sozialwirtschaft erreichen können, von neuen Fördermitteln für Elektroautos bis hin zu Hilfen für Trinkbrunnen, Sonnenschutz und andere Maßnahmen zur Anpassung den Klimawandel. Aber in den nächsten Jahren wird noch mehr nötig sein, damit Krankenhäuser, Kitas oder Pflegeheime ihren Beitrag zu einem klimaneutralen Deutschland leisten können. Deutschland braucht eine Klima-Investitionsoffensive für die Sozialwirtschaft." [...]

GESUNDHEITSWESEN

FÖRDERUNG



BUNDESTAG

FRAGE & ANTWORT

IMPfstoffe GEGEN DAS CORONAVIRUS AUCH FÜR ALLERGIKER

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29947 http://tsp.pm/gmrS9Q	Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (19/28477)

Allergien stellen nach Angaben der Bundesregierung keine grundsätzliche Kontraindikation für eine Covid-19-Impfung dar. Der impfende Arzt treffe im Einzelfall auf Basis der Anamnese eine Entscheidung, ob und welcher Impfstoff verabreicht werden könne, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. In den Fachinformationen der Impfstoffe würden bekannte allergische Reaktionen auf bestimmte Impfstoffbestandteile oder zuvor aufgetretene schwere allergische Reaktionen gegen andere Impfstoffe aufgelistet. In diesen Fällen sei eine besonders vorsichtige und intensive Nutzen-Risiko-Abwägung sinnvoll. Erfahrungsgemäß seien schwere allergische Reaktionen aber sehr selten. (hib)

MEDIZIN

ARZNEIMITTEL

IMPfEN

FRAGE & ANTWORT

REDUKTIONSSTRATEGIE FÜR ZUCKER, FETTE UND SALZ

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29910 http://tsp.pm/U6EODo	Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (19/29506)

Die Ergebnisse des Produktmonitorings 2020 bestätigen auf wissenschaftlicher Basis, dass die Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten (NRI) wirkt und der Ansatz der Selbstverpflichtung der Lebensmittelwirtschaft erfolgreich ist. Die bei Müsli-, Frucht- und Nussriegeln erkennbaren Zuckerreduktionen würden die positiven Entwicklungen fortführen, die sich in einer Erhebung im Jahr 2019 bei Joghurt- und Quarkzubereitungen, Frühstückscerealien und Erfrischungsgetränken gezeigt hätten, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. Die Salzgehalte von verpacktem Brot und Kleingebäck würden bereits auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau liegen. Trotzdem habe der Verband Deutscher Großbäckereien zugesagt, die Reduktion von Salz noch ambitionierter fortführen zu wollen. Dennoch bestehe in einigen Bereichen weiterhin Reduktionspotenzial. [...] (hib)

ERNÄHRUNG

WIRTSCHAFT

FRAGE & ANTWORT

REGULIERUNG DER WERBUNG FÜR LEBENSMITTEL

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29952 http://tsp.pm/qYVtF1	Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (19/29538)

Die neu angepassten Verhaltensregeln des Deutschen Werberates sollen Kinder vor Lebensmittelwerbung für ungesunde Produkte besser schützen. Dazu wurde der Schutzbereich der Kinder von vormals "unter 12 Jahre" auf "unter 14 Jahre" angehoben. Damit entsprechen die Verhaltensregeln den Regelungen in dem kürzlich novellierten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Bundesländer, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. Außerdem werde die Werbung von besonders zucker-, fett- und salzhaltigen Lebensmitteln stark eingeschränkt. Positive Ernährungseigenschaften dieser Lebensmittel dürfen zum Beispiel im Umfeld von Kindersendungen nicht mehr hervorgehoben werden. Davon sei zudem nicht mehr nur die Fernsehwerbung, sondern auch die stark an Bedeutung gewinnende Internetwerbung erfasst. [...] (hib)

ERNÄHRUNG

WIRTSCHAFT

FRAGE & ANTWORT

PANDEMIEBEDINGTE AUSGABEN DES GESUNDHEITSFONDS

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29946 http://tsp.pm/C5NFpk	Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (19/29083)

Aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds sind im vergangenen Jahr rund 2,2 Milliarden Euro für Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie gezahlt worden. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Geleistet wurden Ausgleichszahlungen für neu geschaffene intensivmedizinische Behandlungsmöglichkeiten sowie Ausgleichszahlungen für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen und für Heilmittelerbringer sowie Aufwendungen für Corona-Tests und die Pflege-Prämie. (hib)

GKV

VERSORGUNG

FINANZEN

FRAGE & ANTWORT

ANERKENNUNG VON COVID 19 ALS BERUFSKRANKHEIT

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/29949 http://tsp.pm/1pVxt3	Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (19/29319)

Nach Angaben des Spitzenverbandes der gewerblichen Unfallversicherungsträger und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), sind bis zum 30. April 2021 insgesamt 119.675 registrierte Anzeigen auf Verdacht von Covid-19 als Berufskrankheit (BK) gemeldet worden. Darüber hinaus wurden bis zum selben Zeitpunkt 20.392 Fälle von Covid-19 als Arbeitsunfall gemeldet, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervorgeht. (hib)

ARBEIT MEDIZIN

FRAGE & ANTWORT

AFD ERKUNDIGT SICH NACH PNEUMOKOKKEN-IMPfstOFF

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	19/30084 http://tsp.pm/jPJVXc	–

Lieferengpässe beim Pneumokokken-Impfstoff sind Thema einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion. Die Abgeordneten wollen wissen, was die Bundesregierung gegen die Lieferprobleme unternommen hat. (hib)

VERSORGUNG ARZNEIMITTEL IMPFEN

FRAGE & ANTWORT

AFD FRAGT NACH DIGITALEM IMPFPASS

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	19/30034 http://tsp.pm/yZBxey	–

Der geplante digitale Impfpass ist Thema einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung wissen, ob IT-kritische Familien dazu verpflichtet werden, den Impfpass zu nutzen. (hib)

DIGITALISIERUNG GESUNDHEITSWESEN

FRAGE & ANTWORT

ESSSTÖRUNGEN IN DER CORONAKRISE

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	19/30047 http://tsp.pm/gNwL62	–

Mit Essstörungen von Kindern und Jugendlichen in der Coronakrise befasst sich die AfD-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung wissen, wie viel Körpergewicht Minderjährige in der Krise im Durchschnitt zugenommen haben. (hib)

ERNÄHRUNG MEDIZIN

FRAGE & ANTWORT

AFD ERKUNDIGT SICH NACH CORONA-IMMUNITÄT

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	19/30046 http://tsp.pm/Dat15p	–

Die AfD-Fraktion interessiert sich für das Erreichen der Herdenimmunität in der Coronakrise. Die Abgeordneten erkundigen sich in einer Kleinen Anfrage bei der Bundesregierung danach, ob Infizierte nach ihrer Genesung eine dauerhafte und ausreichende natürlich Immunität entwickeln. (hib)

MEDIZIN

FRAGE & ANTWORT

AUFKLÄRUNG ÜBER VOLLSTÄNDIGEN IMPFSCHUTZ

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion	19/30020 http://tsp.pm/fkrc6N	–

Mit Aufklärung über den Impfschutz befasst sich die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten wollen wissen, wie die Bundesregierung die Bevölkerung darüber aufklärt, dass durch eine Erstimpfung kein vollständiger Impfschutz gegen Covid-19 besteht, sondern erst nach einer Zweitimpfung. (hib)

MEDIZIN GESUNDHEITSINFORMATIONEN

FRAGE & ANTWORT

FDP FRAGT NACH GESUNDHEITSKOMPETENZ

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion	19/30065 http://tsp.pm/yEXbhy	–

Die Gesundheitskompetenz in Krisenlagen ist Thema einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung wissen, wie sich die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung seit 2014 entwickelt hat. (hib)

GESUNDHEITSINFORMATIONEN

GESELLSCHAFT

FRAGE & ANTWORT

FDP FRAGT NACH NUTZUNG DER CORONA-SCHNELLTESTS

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion	19/30069 http://tsp.pm/erUwXL	–

Mit der Nutzung von Schnelltests und Selbsttests befasst sich die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung wissen, wie viele Corona-Schnelltests wöchentlich seit dem 8. März in den Bundesländern und insgesamt durchgeführt worden sind und welche Kosten dabei entstanden sind. (hib)

VERSORGUNG

MEDTECH

FRAGE & ANTWORT

GRÜNE FRAGEN NACH SUIZIDPRÄVENTION

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19/30086 http://tsp.pm/NHeBPO	–

Die Suizidprävention ist Thema einer Kleinen Anfrage der Grünen-Fraktion. Die Abgeordneten wollen unter anderem wissen, welche Forschungsvorhaben zur Suizidprävention von der Bundesregierung gefördert werden. (hib)

MEDIZIN

PRÄVENTION

FRAGE & ANTWORT

GESUNDHEIT VON KINDERN IN DER PANDEMIE

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19/30029 http://tsp.pm/GAHRv7	–

Mit der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie befasst sich die Grünen-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung wissen, wie viele Kinder und Jugendliche sich bisher infiziert haben. (hib)

MEDIZIN

FRAGE & ANTWORT

FRAGEN ZUM TRAUMAREGISTER

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19/30117 http://tsp.pm/0mrffQ	–

Mit dem Traumaregister der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie befasst sich die Grünen-Fraktion in einer Kleinen Anfrage. Die Abgeordneten wollen wissen, welchen Stellenwert die Bundesregierung dem Traumaregister für die medizinische Forschung und Versorgung beimisst. (hib)

MEDIZIN FORSCHUNG VERSORGUNG DATEN

FRAKTIONEN

STARKER PATENTSCHUTZ FÜR INNOVATIONSKRAFT "MADE IN GERMANY"

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion	http://tsp.pm/PJjdW6	–

Die Koalitionsfraktionen haben sich auf Änderungen am Regierungsentwurf des Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts geeinigt. Dazu können Sie den rechts- und verbraucherpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Jan-Marco Luczak, und den für das Patentrecht zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingmar Jung, wie folgt zitieren: Jan-Marco Luczak: "[...] Bei der Entwicklung von Patenten und innovativen Ansätzen für die industrielle Fertigung sind unsere Wissenschaft und kreativen Unternehmer weltweit führend. Dies zeigt sich nicht zuletzt bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie mit Hilfe von Impfstoffen 'Made in Germany'. Diese Innovationskraft zu schützen, das stand bei der Reform des Patentgesetzes für uns als Union im Mittelpunkt. Deswegen haben wir im parlamentarischen Verfahren sichergestellt, dass das hohe patentrechtliche Schutzniveau mit einem robusten Unterlassungsanspruch erhalten bleibt. Weitergehende Forderungen nach Zwangslizenzen oder pauschalen Ausnahmen vom Patentschutz haben wir [...] abgewendet. [...]"

Ingmar Jung: "[...] Wenn Patente allein mit dem Ziel aufgekauft werden, daraus auf erpresserische Weise Kapital zu schlagen, haben Gerichte künftig den erforderlichen Spielraum, den Patentnutzer vor dem bislang unbedingten Unterlassungsanspruch zu schützen. Dies setzt voraus, dass die Unterlassung zu einer unangemessenen und nicht gerechtfertigten Härte führen würde. Zudem gestalten wir auf Drängen der Unionsfraktion den Ausgleichsanspruch des Patentinhabers zwingend aus. [...]"

WIRTSCHAFT WETTBEWERB RECHT

FRAKTIONEN

KOALITIONSFRAKTIONEN EINIGEN SICH AUF PATENTRECHTSMODERNISIERUNGSGESETZ

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der SPD-Fraktion	http://tsp.pm/ANlwoZ	–

Mit dem zweiten Patentrechtsmodernisierungsgesetz stärkt die Koalition Deutschland als Wirtschafts- und Innovationsstandort. Kernelement des Gesetzes ist, dass künftig die Verhältnismäßigkeit geprüft wird, wenn ein Unterlassungsanspruch durchgesetzt werden soll. Die bisherige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes wird hierdurch gesetzlich verankert. Nina Scheer, zuständige Berichterstatterin: "Deutschland gilt aufgrund seines hohen Schutzniveaus für geistiges Eigentum als einer der attraktivsten Innovationsstandorte. Diese Errungenschaft wollen wir mit dem zweiten Patentrechtsmodernisierungsgesetz für die Zukunft sichern. In einer immer komplexeren Welt mit immer detaillierteren Technologien kann es aber gelegentlich zu fahrlässigen Patentverletzungen kommen. Würde ein Unterlassungsanspruch des Patentinhabers hier zu einer unverhältnismäßigen Härte führen, ist der Unterlassungsanspruch ausnahmsweise ausgeschlossen. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat sich in den Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Ausschluss auch bei einer unverhältnismäßigen Härte gegenüber Dritten greift – beispielsweise, wenn sonst ein lebensnotwendiger Impfstoff nicht an den Markt gehen könnte."

Johannes Fechner, rechtspolitischer Sprecher: "Gerade die Innovationstreiber in Deutschland haben immer häufiger Probleme mit so genannten 'Patent-Trollen'. Diese sichern sich keine Patente, um Innovationen zu fördern, sondern um sie in zweckfremdender Weise allein als Drohpotenzial zu nutzen. Aus Sorge vor einem Produktionsstopp, der mit einem Unterlassungsanspruch erwirkt werden könnte, zahlen die Unternehmen häufig horrenden Summen an die Patent-Trolle. Für diese missbräuchliche Verwendung ist der Patentschutz nicht da. Das Patentrecht soll die Wirtschaft schützen, es darf sie aber nicht unverhältnismäßig behindern."

WIRTSCHAFT

WETTBEWERB

INNOVATION

RECHT

FRAKTIONEN

NEUE FORSCHUNGSFÖRDERUNG ZU LONG COVID

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der SPD-Fraktion	http://tsp.pm/qw1Y7A	–

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung veröffentlichte Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben zu Spätsymptomen von Covid-19. Damit wird die Forschung an Ursache und Diagnose sowie an passenden Therapiekonzepten von "Long Covid" gezielt unterstützt. René Röspel, zuständiger Berichterstatter: "[...] Es ist richtig, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung nun eine Fördermaßnahme für Forschungsvorhaben zu Spätsymptomen von Covid-19 gestartet hat und dafür fünf Millionen Euro bereitstellt. Die SPD-Bundestagsfraktion weist schon seit längerem auf den dringend notwendigen Forschungsbedarf bei 'Long Covid'-Symptomen hin. Aus den Vorhaben sollen Erkenntnisse dazu abgeleitet werden, wie die Betroffenen bei der Genesung am besten unterstützt werden können. Es sollen Forschungsfragen zum besseren Verständnis der Spätsymptome, den zugrundeliegenden Ursachen, den Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten und der Versorgung gefördert werden. Die Projekte sollen dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren im Gesundheitswesen zu verbessern. Sie sollen zudem die Patientenorientierung zu stärken und geeignete Versorgungskonzepte zu entwickeln. Wichtig ist jetzt, dass keine Zeit verloren geht, damit die neuen Therapiekonzepte schnell bei den Patientinnen und Patienten ankommen, die noch immer mit den Spätfolgen einer Covid-19-Infektion kämpfen."

FORSCHUNG

MEDIZIN

FÖRDERUNG

FRAKTIONEN

SPANGENBERG: UNLAUTERE MACHENSCHAFTEN BEIM TESTEN – INKOMPETENZ DER BUNDESREGIERUNG IN SACHEN CORONA

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der AfD-Fraktion	http://tsp.pm/hdAFVa	–

Zum Frisör, in den Biergarten, aufs Oberdeck eines Ausflugsdampfers – alles nur mit aktuellem negativem Schnelltest erlaubt. Jeder, der keine Krankheitsanzeichen aufweist, muss sich zuvor in einer Teststelle einfinden. Das müsse sein für die Sicherheit, behauptet die Bundesregierung. Detlev Spangenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, widerspricht: "[...] Aber nicht nur das: Neben den medizinischen Problemen zeigt sich nun ein ganz neues, nämlich Abrechnungsbetrug zu Lasten des Steuerzahlers. Dabei wird es den Testtätern sehr leicht gemacht. Die Teststellen, die überall aus dem Boden wachsen, müssen keineswegs unter Leitung medizinischen Fachpersonals stehen. Die Tests werden abgerechnet, ohne dass Daten über die Getesteten übermittelt werden. 'Die zu übermittelnden Angaben dürfen keinen Bezug zu der getesteten Person aufweisen', heißt es dazu in § 7 der Testverordnung des Bundes. Laut Bundesregierung sollen die Kassenärztlichen Vereinigungen die Abrechnungen überprüfen. Die sehen sich aber bei einem solchen Abrechnungsprozedere dazu außer Stande. Somit war und ist das Testen ein Beitrag zur Verlängerung von Grundrechtseinschränkungen, kostspielig für den Steuerzahler und leichtes Spiel für kriminelle Machenschaften."

VERSORGUNG

MEDTECH

JUSTIZ

RECHT

FRAKTIONEN

WITT: DEUTSCHLAND MUSS BEI NEUER GENERATION VON ARZNEIMITTELN KONKURRENZFÄHIG WERDEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der AfD-Fraktion	http://tsp.pm/5DEm4B	–

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Witt fragte die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage nach dem Entwicklungs- und Produktionsstand sowie nach Förderungsmöglichkeiten von Biologicals, Biosimilars und Bioidenticals in Deutschland. Die Bundesregierung teilte daraufhin mit, dass eine abschließende Auflistung von Unternehmen in Deutschland, die an der Entwicklung und Produktion von biologischen Arzneimitteln beteiligt sind, der Bundesregierung nicht möglich sei. Auch wird die Entwicklung des Arzneimittels in der Regel in mehreren Staaten durchgeführt. Daher seien viele Unternehmen nicht in Deutschland ansässig. Witt, Mitglied im Ausschuss Gesundheit, äußert sich dazu wie folgt: "2018 lag Deutschland beim weltweiten Anteil der Gentherapie-Studien mit Patienten mit 4,4 Prozent weit hinter den USA (47,5 Prozent) und China (39,2 Prozent). Es muss einem zu denken geben, wenn die Bundesregierung im Rahmen der Projektförderung derzeit keine abschließende Auflistung von Unternehmen in Deutschland vorlegen kann, die an der Entwicklung und Produktion in Deutschland beteiligt sind. Die Entwicklung und breite Verfügbarkeit zugelassener, effektiver und sicherer Arznei- und Impfstoffe müssen als wesentlichen Faktoren Beachtung finden und sollten höchste Priorität haben. Diese neue Generation von Arzneimitteln ist im Vergleich zu klassischen Arzneimitteln, bei denen der Wirkstoff aus einem chemischen Molekül oder einem Protein besteht, körperähnlicher. Die so hergestellten Präparate sind den körpereigenen besonders ähnlich und können so vielfältig und gut verträglich eingesetzt werden. Ein Land, das sich weiter zur Technologieweltspitze zählen will, muss in diesem Bereich konkurrenzfähig werden."

FORSCHUNG

VERSORGUNG

ARZNEIMITTEL

FÖRDERUNG

FRAKTIONEN

ASCHENBERG-DUGNUS: MEHR GESELLSCHAFTLICHES, WIRTSCHAFTLICHES UND SOZIALES LEBEN ERMÖGLICHEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der FDP-Fraktion	http://tsp.pm/k3RQbw	–

Zur Debatte über die Corona-Maßnahmen erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Christine Aschenberg-Dugnus: "Die Bundesregierung muss endlich mit einer verlässlichen Öffnungsstrategie wieder mehr gesellschaftliches, wirtschaftliches und soziales Leben ermöglichen. Die stark sinkende Inzidenz, rückläufige Zahlen von Intensivpatienten und der Impffortschritt machen dies möglich. So sollten beispielsweise Einzelhandel, Hotels und Fitnessstudios unter Einhaltung der Hygieneauflagen ohne Testpflicht wieder öffnen dürfen, wenn sieben Tage in Folge die Inzidenz unter 50 liegt. Auch gibt es aktuell keinen Grund, die epidemische Lage von nationaler Tragweite zu verlängern. Die Bundesnotbremse sollte ebenfalls fallen, die pauschalen Ausgangssperren sind schlicht unverhältnismäßig. Entscheidend ist, dass die Große Koalition jetzt die gute Lage nutzt und mehr Tempo in die Impfkampagne bringt. Zudem müssen die Auffrischungsimpfungen für den Herbst vorbereitet und die Schulen pandemiefest gemacht werden, damit auch bei einer möglichen vierten Welle Präsenzunterricht garantiert werden kann."

MEDIZIN

VERSORGUNG

RECHT

FRAKTIONEN

WELTNICHTRAUCHERTAG: GESUNDHEIT VOR PROFITE

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Die Linke	http://tsp.pm/gsZzql	–

"Weltweit rauchen etwa 1,3 Milliarden Menschen. Auch in Deutschland greift noch etwa jeder vierte Erwachsene zu Tabakprodukten. Kein anderes Suchtmittel richtet so viel gesundheitlichen Schaden an wie die Tabakzigarette: sieben Millionen Menschen sterben jährlich weltweit vorzeitig infolge des Tabakkonsums. Dabei schadet Tabak nicht nur den Konsumierenden selbst, sondern auch Passivrauchern und Menschen, die auf den Tabakplantagen unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen arbeiten", so Niema Movassat, drogenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke, mit Blick auf den Weltnichtrauchertag am 31. Mai. Movassat weiter: "Der Nichtraucherchutz ist ein wichtiges Anliegen, das viel zu wenig Beachtung findet. [...]"

SUCHT

TABAK

FRAKTIONEN

ORGANSPENDE: SPENDEWILLEN DOKUMENTIEREN, KRANKENHAUSSTRUKTUREN STÄRKEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	http://tsp.pm/S2hwJR	–

Zum morgigen Tag der Organspende erklärt Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Sprecherin für Gesundheitsförderung: "Mehr und mehr Menschen dokumentieren ihre Entscheidung zu einer möglichen Organspende. Das gaben 37 Prozent der Männer und 49 Prozent der Frauen bei einer Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in 2020 an. Die Zahl der Organspender*innen und der gespendeten Organe ist im letzten Jahr trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Gesundheitssystem annähernd gleich geblieben. Das ist eine begrüßenswerte Zwischenbilanz auf dem Weg zu einem gestärkten Organspendewesen. Jedoch gibt es weiterhin große Baustellen, die energisch angegangen werden müssen. [...]"

MEDIZIN

VERSORGUNG

ORGANSPENDE

FRAKTIONEN

MARIA KLEIN-SCHMEINK ZU DEN AKTUELLEN RECHERCHEN DES SPIEGELS ÜBER DIE VERWENDUNG MINDERWERTIGER MASKEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	http://tsp.pm/IETDNP	–

Zu den aktuellen Recherchen des Spiegels über die Verwendung minderwertiger Masken erklärt Maria Klein-Schmeink, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende: "Bundesgesundheitsminister Spahn hat zu Beginn der Pandemie gesagt, man müsse sich nach dieser Pandemie viel verzeihen. Das mag stimmen. Der Spiegel schreibt nun, Spahn und sein Ministerium hätten versucht, behinderten und sozial benachteiligten Menschen minderwertige Masken anzudrehen. Wenn das zutrifft – die bislang unveröffentlichte Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion sowie aktuelle Recherchen auch der ZEIT legen dies zumindest nahe – wäre das unverzeihlich. Es hieße, dass die Schwächsten in der Gesellschaft durch das Gesundheitsministerium dazu benutzt werden sollten, eigene Fehler bei der Maskenbeschaffung zu vertuschen. Dafür trüge Spahn die politische Verantwortung. Das wäre nicht nur eine zynische Haltung, sondern wäre auch mit dem Amt des Gesundheitsministers nicht vereinbar. Jens Spahn muss daher jetzt lückenlos und zügig aufklären und die Vorwürfe aus der Welt schaffen. Der weitere Vorwurf des Spiegel, dass das Gesundheitsministerium mit der sogenannten Nationalen Reserve Gesundheitsschutz dafür sorgen will, ungenügend getestete und wahrscheinlich zu großen Teilen mangelhafte Masken geräuschlos verschwinden zu lassen, ist ebenfalls schwerwiegend. Wenn sich dieses bewahrheitet, hat die Bundesregierung aktiv darauf hingearbeitet, den Bundestag und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu täuschen. Zudem wäre die Notfallreserve dann nicht mehr als ein Feuerlöscher ohne Inhalt."

VERSORGUNG

MEDTECH

FRAKTIONEN

KORDULA SCHULZ-ASCHE: KLARE STRATEGIE NACH AUFHEBUNG DER IMPFPRIORISIERUNG NÖTIG

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	http://tsp.pm/QXk67k	–

Zur Aufhebung der Impf-Priorisierung ab 7. Juni erklärt Kordula Schulz-Asche, Berichterstatterin für Infektionsschutz: "Die Aufhebung der Impf-Priorisierung stellt die aktuelle Impfkampagne vor einige organisatorische Herausforderungen. Während in den vergangenen Wochen erste Impferfolge erzielt wurden, bedarf es auch nach der Aufhebung der Priorisierung einer klaren Strategie zum weiteren Vorgehen in der Impfkampagne, damit der bisher erzielte Impffortschritt in den Sommermonaten ausgebaut werden kann. Es bleibt wichtig, dass diejenigen, die bisher im Rahmen der ersten drei Priorisierungsgruppen – also vor allem besonders vulnerable und chronisch kranke Menschen – geimpft wurden, auch weiterhin ein Impfangebot erhalten. Dazu müssen sie direkt durch ärztliches Personal kontaktiert werden und ein Impfangebot ausgesprochen bekommen. Denkbar wäre dabei die Einführung einer Sonderprämie für die niedergelassene Ärzteschaft, die einen Mehraufwand durch die direkte Kontaktierung ihrer Patientinnen und Patienten aus den Priorisierungsgruppen 1-3 honoriert. Das ist insbesondere relevant, da eine mangelnde Datenerhebung hierzulande keine Auswertung zulässt, inwieweit Personen aus den ersten Priorisierungsgruppen tatsächlich schon einen Impfschutz erhalten haben. Nach erster Einbindung der Fach- und Betriebsärzte muss dies weiterhin forciert werden. So ist es denkbar, dass weitere Facharztgruppen in die Impfkampagne eingebunden werden. [...]"

VERSORGUNG

ARZNEIMITTEL

IMPFFEN



GEMEINSAMER BUNDESAUSSCHUSS

AKTUELLE BESCHLÜSSE

THEMA	DATUM	INKRAFTTRETEN	LINK
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Perampanel (Neues Anwendungsgebiet: Epilepsie, fokale Anfälle, 4 bis < 12 Jahre)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/YLxMrx
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Perampanel (Neues Anwendungsgebiet: Epilepsie, prim. generalisierte Anfälle, 7 bis < 12 Jahre)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/3wALwZ
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Sofosbuvir/Velpatasvir (Neues Anwendungsgebiet: Chronische Hepatitis C, ≥ 6 und < 18 Jahre) – Aufhebung der Befristung der Geltungsdauer	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/4idJJO
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Acalabrutinib (Chronische lymphatische Leukämie, Monotherapie, Erstlinie)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/pMI3wp
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Acalabrutinib (Chronische lymphatische Leukämie, Kombination mit Obinutuzumab, Erstlinie)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/KNiPkI
Schutzimpfungs-Richtlinie: Umsetzung der STIKO-Empfehlungen zu Reiseimpfungen	03.06.2021	noch nicht in Kraft	http://tsp.pm/hyiX4I
Schutzimpfungs-Richtlinie: serologische Untersuchungen, §§ 5 und 11 sowie Anlage 1	03.06.2021	noch nicht in Kraft	http://tsp.pm/ASAFxm
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Olaparib (Neues Anwendungsgebiet: Prostatakarzinom, BRCA1/2-Mutationen, Progredienz nach hormoneller Behandlung)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/lmz70a
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Olaparib (Neues Anwendungsgebiet: Ovarialkarzinom, Eileiterkarzinom oder primäres Peritonealkarzinom; Erhaltungstherapie nach Erstlinientherapie; HRD-positiv; Kombination mit Bevacizumab)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/cMrhfo
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Sucroferric Oxyhydroxide (Neues Anwendungsgebiet: Serumphosphat Spiegelkontrolle bei chron. Nierenerkrankung, 2 bis < 18 Jahre)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/AbgO4F
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Sebelipase alfa (Neubewertung nach Fristablauf: Mangel an lysosomaler saurer Lipase)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/Ue8Z1Q
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Ipilimumab (Neues Anwendungsgebiet: Nicht-kleinzelliges Lungenkarzinom, Kombination mit Nivolumab und platinbasierter Chemotherapie, Erstlinie)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/uwLUWe
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Nivolumab (Neues Anwendungsgebiet: Nicht-kleinzelliges Lungenkarzinom, Kombination mit Ipilimumab und platinbasierter Chemotherapie, Erstlinie)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/zOeEZB
Arzneimittel-Richtlinie/Anlage XII: Olaparib (Neues Anwendungsgebiet: Adenokarzinom des Pankreas, BRCA1/2-Mutationen, Erhaltungstherapie)	03.06.2021	03.06.2021	http://tsp.pm/qXoXoO

 **STAKEHOLDER****KRANKENKASSEN**

AOK, BKK, IKK, KNAPPSCHAFT, VDEK

31.05.2021

KASSENVERBÄNDE FORDERN IST-KOSTEN-AUSGLEICH FÜR CORONA-KINDERKRANKENGELD SCHON FÜR DAS JAHR 2021

Der Verband der Ersatzkassen (vdek), der AOK-Bundesverband, BKK Dachverband, IKK und Knappschaft appellieren an die Politik, im Ausgleichsjahr 2021 für einen fairen Ausgleich für das "Corona-Kinderkrankengeld" zu sorgen. Der im Entwurf des Gesundheitsversorgungs-Weiterentwicklungsgesetzes (GVWG) geplante RSA-Ausgleichsmechanismus (Ist-Kosten-Ausgleich für Kinderkrankengeldzahlungen) sei geeignet, Wettbewerbsverzerrungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu verhindern, erklärten die fünf Kassenverbände. Die Neuregelung dürfe aber nicht wie geplant erst 2023 greifen, sondern müsse schon für 2021 gelten. Gleichzeitig muss der im laufenden Jahr bereits für diesen Zweck ergänzte Bundeszuschuss auch tatsächlich zuweisungserhöhend an die Kassen fließen und darf nicht in der Liquiditätsreserve verbleiben. Damit wäre automatisch gewährleistet, dass den Krankenkassen vor allem auch die zusätzlichen Belastungen durch das Corona-Kinderkrankengeld eins zu eins ersetzt werden. [...]

<http://tsp.pm/t7KxjJ>

GKV

FINANZEN

GEMEINSAME VERTRETUNG DER INNUNGSKRANKENKASSEN (IKK)

01.06.2021

SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN, NICHT SCHWÄCHEN!

Die Innungskrankenkassen fordern von der künftigen Regierung, die soziale Selbstverwaltung in ihrer Verantwortung für die Verbesserung des Gesundheitssystems auszubauen und einen gesetzlichen Rahmen zur Stärkung der Selbstverwaltung zu schaffen. Sie verweisen darauf, dass die soziale Selbstverwaltung ein konstituierendes, verfassungsmäßiges Element der Sozialversicherung in Deutschland ist. [...] Doch gerade in dieser Legislaturperiode erlebte die soziale Selbstverwaltung massive Eingriffe. Die IKKn mahnen deshalb ein Umdenken, eine Umkehr in der Gesetzgebung für eine stärkere Selbstverwaltung an. [...]

<http://tsp.pm/1CIJTh>

GESUNDHEITSWESEN

POLITIK

WAHL

VERBAND DER ERSATZKASSEN (VDEK)

02.06.2021

STREICHUNG VON AUSNAHMETATBESTÄNDEN BEI NICHT-EINHALTUNG IST RICHTIG!

Der Verband der Ersatzkassen (vdek) fordert, die im Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) geplante Stärkung der Mindestmengenregelungen im Laufe des parlamentarischen Prozesses nicht wieder aufzuweichen. Entsprechende Forderungen dazu kommen aus einigen Bundesländern. Ulrike Elsner, Vorstandsvorsitzende des vdek, betonte: "Die mit dem GVWG beabsichtigte Stärkung der Mindestmengen für Operationen im Krankenhaus darf in den Verhandlungen der Koalitionäre nicht wieder aufgeweicht werden. Zur Stärkung von Versorgungsqualität und Sicherheit der Patientinnen und Patienten ist es richtig, zukünftig keine Ausnahmen mehr zu ermöglichen. Mindestmengen schützen die Patientinnen und Patienten etwa vor Komplikationen und Todesfällen und bieten eine gute Basis, die qualitätsorientierte Gestaltung der Krankenhauslandschaft zu befördern." [...]

<http://tsp.pm/tL2MBq>

MEDIZIN

VERSORGUNG

KRANKENHAUS

QUALITÄT

AMBULANTE UND STATIONÄRE VERSORGUNG

BUNDESPSYCHOTHERAPEUTENKAMMER (BPTK)

02.06.2021

RASTER-PSYCHOTHERAPIE "ABGERÄUMT"

"Es ist sachlich die einzig richtige Entscheidung, den geplanten Änderungsantrag zur Raster-Psychotherapie zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) ersatzlos zu streichen", erklärt Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK), zur Entscheidung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, diesen Änderungsantrag zurückzuziehen. "Weiterhin bleibt es aber dringend erforderlich, in ländlichen und strukturschwachen Gebieten die Anzahl der zugelassenen psychotherapeutischen Praxen und damit die Behandlungsmöglichkeiten für psychisch kranke Menschen zu erhöhen." [...]

<http://tsp.pm/4qggAc>

MEDIZIN

PSYCH

VERSORGUNG

DEUTSCHE KRANKENHAUSGESELLSCHAFT (DKG), VERBAND DER UNIVERSITÄTSKLINIKA DEUTSCHLANDS (VUD)

04.06.2021

GEMEINSAME ERKLÄRUNG VON DKG UND VUD: ZUR PANDEMIE NUN BÜROKRATIE FÜR DIE KRANKENHÄUSER

Die vom Bundesgesundheitsministerium genehmigte Strukturprüfungsrichtlinie wird in den kommenden Wochen die Spirale der Bürokratie in den Krankenhäusern nochmals extrem anziehen. "Unsere Beschäftigten hätten nach der monatelangen Pandemielage ein Durchatmen verdient. Stattdessen beschert uns das Bundesgesundheitsministerium nun massenhaft zusätzliche Arbeit, mit der die Kliniken bis Ende Juni Aktenordner voller Nachweise an den Medizinischen Dienst schicken müssen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Dr. Gerald Gaß. Weniger als die Hälfte der Krankenhäuser wird aufgrund des extrem hohen Bürokratieaufwands in der Lage sein, fristgerecht die für die OPS-Strukturprüfungen vorgesehenen Unterlagen bereitzustellen. Damit drohen ernsthafte Versorgungseinschränkungen im stationären Bereich. Das ergab eine Blitzumfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) unter 279 Krankenhäusern. [...]

<http://tsp.pm/vLHpUL>

MEDIZIN

VERSORGUNG

KRANKENHAUS

QUALITÄT

HARTMANNBUND

04.06.2021

PANDEMIE-BEWÄLTIGUNG: REINHARDT FORDERT PROFESSIONELLE ROUTINE STATT DAUERALARMS

"Professionelle Routine statt Daueralarm" hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, für den weiteren Umgang mit Corona gefordert. Man werde auf absehbare Zeit auch nicht mehr von Wellen sprechen, sondern von einem mehr oder weniger latenten Dauerzustand, zeigt sich Reinhardt überzeugt. Dieser werde auf der Grundlage der in den letzten Monaten gemachten Erfahrungen für alle Beteiligten gut handhabbar sein, wenn jetzt eine konsequente und konstruktive Analyse der bisherigen Erfolge und Versäumnisse erfolge. "Wir haben inzwischen so viel gelernt und erforscht, dass wir uns künftig nicht mehr auf Überraschungen berufen können", sagte Reinhardt. Deshalb werde eine Bewertung des politischen Managements der Pandemie – von Impfstoffverteilung über Lockdown bis hin zu Schulschließungen – in der Zukunft auch schonungsloser ausfallen müssen, als bisher mit Blick auf die Vergangenheit. [...]

<http://tsp.pm/LDN3WU>

MEDIZIN

VERSORGUNG

PATIENTEN/VERBRAUCHER

VERBRAUCHERZENTRALE BUNDESVERBAND (VZBV)

31.05.2021

STRENGE REGELN FÜR ZUCKER- UND FETTBOMBEN NÖTIG

Lebensmittel mit Kinderoptik finden sich in praktisch jedem Supermarkt. Sie sind mit lustigen und mit bunten Bildchen, Tieren oder Comicfiguren geschmückt. Die Mehrheit der Eltern und Großeltern empfinden solche Lebensmittel als manipulativ und gesundheitlich problematisch und wünscht sich strengere Regeln wie Höchstgrenzen für Zucker, Fett oder Salz. Das ist das Ergebnis zweier Verbraucherbefragungen unter Eltern und Großeltern im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands. "Wenn die Bundesregierung Kinder schützen und Familien dabei unterstützen will, dass sich Kinder gesund ernähren, muss sie endlich für ein besseres Angebot im Markt und weniger Werbung für Zucker- und Fettbomben sorgen. Das geht nur mit strengeren gesetzlichen Regeln. Es ist nicht akzeptabel, dass die Industrie fortwährend freiwillige Selbstverpflichtungen als das Mittel der Wahl bewirbt und die Bundesregierung sie gewähren lässt", sagt Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv). [...] Der vzbv fordert die Bundesregierung auf, gesetzliche Regelungen für Lebensmittel einzuführen, die sich an Kinder richten (z. B. durch Aufmachung und Verpackung). Lebensmittel sollten nur noch an Kinder gerichtet vermarktet werden, wenn sie den WHO-Nährwertkriterien mit Höchstmengen für Zucker, Fett oder Salz entsprechen. [...]

<http://tsp.pm/JP2VGu>

ERNÄHRUNG

WIRTSCHAFT

APOTHEKEN

BUNDESVEREINIGUNG DEUTSCHER APOTHEKERVERBÄNDE (ABDA)

04.06.2021

UMFRAGE ZEIGT: PATIENTEN WISSEN WENIG ÜBER E-REZEPT

Wenige Monate vor der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rezepts im Januar 2022 wissen die Deutschen noch sehr wenig über den Nachfolger des rosa Papierrezepts. 63 Prozent der Erwachsenen haben noch gar nichts vom E-Rezept gehört. Wann es eingeführt wird, wissen sogar 95 Prozent nicht. Drei von vier Deutschen möchten ihre Medikamente auch weiterhin gerne persönlich in der Apotheke vor Ort abholen. Weitere 9 Prozent können sich vorstellen, ein E-Rezept an ihre Apotheke zu schicken und deren Botendienst für die Belieferung in Anspruch zu nehmen. Das ergab eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts KANTAR im Auftrag der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände unter 1.000 Deutschen anlässlich des Tags der Apotheke am 7. Juni. [...]

<http://tsp.pm/xMmZsB>

DIGITALISIERUNG

APOTHEKEN

ARZNEIMITTEL

ARZNEIMITTEL

VERBAND FORSCHENDER ARZNEIMITTELHERSTELLER (VFA)

03.06.2021

PANDEMIEVORBEREITUNG: FLEXIBILITÄT IST TRUMPF

Am 2. Juni hat das Bundeskabinett ein von der "Taskforce Impfstoffproduktion" erarbeitetes Konzept für Deutschlands künftige Produktionskapazitäten zur Pandemiebekämpfung verabschiedet. Dazu sagt vfa-Präsident Han Steutel: "Das Konzept würde es Unternehmen erlauben, die laufende Impfstoffproduktion zu flexibilisieren, also so zu gestalten, dass man sie schnell ausweiten oder wieder zurückfahren kann. Das ist praxisnah! Denn untauglich wäre ein Plan, der auf das Errichten von Geisterfabriken – also Reservefabriken ohne laufende Produktion – für den Fall des Falles setzt. Forschende Pharma-Unternehmen in Deutschland haben schon gezeigt, dass sie mit ihrer Innovationskraft und Technologieführerschaft binnen kürzester Zeit neue Impfstoffe entwickeln und großtechnisch produzieren können. Die nun konzipierten Pandemiebereitschaftsverträge mit Herstellern könnten dieses Potenzial des Standorts Deutschland weiter optimieren, indem sie Unternehmen mehr Flexibilität ermöglichen!"

Der vfa-Präsident betont: "Gut an dem neuen Konzept ist vor allem sein Realismus: Es setzt auf einen Technologie-Mix und nicht einseitig nur auf einen einzigen Impfstoff-Typ. Schließlich weiß niemand, welche Art Impfstoff vor dem nächsten pandemischen Erreger schützen wird!" Steutel weiter: "Richtigerweise zielt das Konzept auf einen starken Beitrag zur Versorgung der ganzen EU und nicht nur Deutschlands. Aber damit ist es nicht getan; denn natürlich spielen Hersteller hierzulande auch eine wichtige Rolle für die Versorgung von Betroffenen in der ganzen Welt."

<http://tsp.pm/cbnFQK>

VERSORGUNG

WIRTSCHAFT

ARZNEIMITTEL

IMPFFEN

SONSTIGE

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD

02.06.2021

SPD-WIRTSCHAFTSFORUM VERÖFFENTLICHT INDUSTRIEPAPIER "MADE IN GERMANY 2030"

Das Wirtschaftsforum der SPD hat heute das industriepolitische Strategiepapier "Made in Germany 2030" veröffentlicht. Das Papier enthält etliche konkrete Maßnahmen, um Eckpunkte für eine industrielle Gesamtstrategie und Post-Corona-Agenda klar zu umreißen. Schwerpunkte werden auf Wasserstoff, Automotive, Kreislaufwirtschaft, Life Sciences, Digitalisierung und Finanzierungsinstrumente gelegt. [...]

<http://tsp.pm/cUkyLZ>

WIRTSCHAFT



ÜBERSICHT ZUM 07.06.2021

Status der Gesetzgebungsverfahren zum 07.06.2021

NEU

AUSSCHUSS BUNDES RAT

450/21

Zweite Verordnung zur Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung

AKTUELL

AUSSCHUSS BUNDES RAT

469/21

Gesetz zur Zusammenführung von Krebsregisterdaten

AUSSCHUSS BUNDES RAT

464/21

Sechstes Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes

AUSSCHUSS BUNDES RAT

403/21

Zweite Verordnung zur Änderung der Anlage des Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes

AUSSCHUSS BUNDES RAT

388/21

Fünfte Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/28784

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/28655

Gesetz zur Modernisierung des Tabaksteuerrechts (TabStMoG)

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/27873

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/27442

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/26822

Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG)

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/25821

Zweites Gesetz zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/17633

Gesetz zur Änderung des Embryonenschutzgesetzes – Kinderwünsche erfüllen, Eizellspenden legalisieren

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/16950

Gesetz zur Änderung des Gendiagnostikgesetzes – Vorgeburtliche Vaterschaftstests ermöglichen

BERATUNG BUNDESTAG

19/29216

Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/28691

Gesetz zur Regelung der Suizidhilfe

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/28649

Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/1832

Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zur Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und lesbischer Paare bei der Kostenübernahme für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung

UNVERÄNDERT**1. LESUNG BUNDESTAG**

19/26181

Gesetz zur Änderung des Verfahrens bei der Verordnung von Cannabis nach § 31 Absatz 6 des Fünften Buches Sozialgesetzbuches

1. LESUNG BUNDESTAG

19/26180

Gesetz zur Stärkung des Parlaments in epidemischen Lagen von nationaler Tragweite

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/25254

Gesetz für einen Pandemierat des Bundestages (Pandemieratgesetz – PandemieratG)

1. LESUNG BUNDESTAG

19/20037

Tracing-App-Freiwilligkeits-Gesetz (TrAppFG)

2. BERATUNG BUNDES RAT

19/15276

Gesetz zur Änderung des Bundesnichtraucherschutzgesetzes

AUSSCHUSS BUNDES RAT

643/20

Gesetz zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes

AUSSCHUSS BUNDESRAT

71/18

Gesetz zur Verbesserung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit im ärztlichen Notdienst mittels weiterentwickelter Portalpraxen

 VERABSCHIEDET

INKRAFTTRETEN

-

Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaimpfV)

INKRAFTTRETEN

-

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser

NEU

450/21

ZWEITE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER MEDIZINPRODUKTE- ABGABEVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Zustimmungspf.	–

Mit der Verordnung wird die Abgabe von In-Vitro-Diagnostika zum direkten Nachweis von SARS-CoV-2 an bestimmte Personen, Einrichtungen und Unternehmen unabhängig von der Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite erlaubt. Auch die Abgabe von In-Vitro-Diagnostika zur Eigenanwendung wird verstetigt.

AKTUELLER STATUS

09.06.2021: Ausschuss Bundesrat



BUNDESREGIERUNG



BUNDESRAT

Verordnung (450/21) <http://tsp.pm/nfSvy5>



09.06.2021: Ausschuss



vsl. 25.06.2021: Beratung

GESETZ ZUR ZUSAMMENFÜHRUNG VON KREBSREGISTERDATEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	–

Das Gesetz regelt die Zusammenführung der klinischen und epidemiologischen Daten der Krebsregister der Länder in einem zweistufigen Prozess. Zunächst soll der auf Basis des geltenden BKRK von den Krebsregistern der Länder an das ZfKD zu liefernde epidemiologische Datensatz in der ersten Stufe um weitere Daten der klinischen Krebsregistrierung, insbesondere zur Therapie und zum Verlauf der Erkrankung, erweitert werden. Darüber hinaus wird die Grundlage dafür geschaffen, dass in einer zweiten Stufe durch Schaffung eines kooperativen Datenverbunds der Krebsregister mit dem ZfKD und klinisch-wissenschaftlich tätigen Akteuren aus Versorgung und Forschung anlassbezogene registerübergreifende Zusammenführungen von klinischen Krebsregisterdaten möglich werden. Zentraler Baustein dieses Datenverbunds soll eine Plattform sein, die eine bundesweite anlassbezogene Datenzusammenführung und Analyse der Krebsregisterdaten aus den Ländern sowie eine Verknüpfung von Krebsregisterdaten mit anderen Daten ermöglicht, fachlich begleitet und gleichzeitig Expertise für eine klinisch-wissenschaftliche Auswertung der Krebsregisterdaten bereitstellt.

AKTUELLER STATUS

09.06.2021: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
10.12.2020	Referentenentwurf http://tsp.pm/BMImac Stellungnahmen http://tsp.pm/YiewqC
10.02.2021: Kabinett	Gesetzesentwurf http://tsp.pm/6rIrVZ
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (138/21) http://tsp.pm/tNV8x4
10.03.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (138/1/21) http://tsp.pm/DQzvxB
26.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (138/21(B)) http://tsp.pm/JY8YTz Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/VzvBvC
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (19/28185) http://tsp.pm/6oWqYG
15.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit) Plenarprotokoll (19/221) http://tsp.pm/Jtf589
21.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
03.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/4IEExA Stellungnahmen http://tsp.pm/jXRa0e
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29887) http://tsp.pm/nPq1DX
20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/TqbSlg
BUNDESRAT	Gesetz (469/21) http://tsp.pm/q3dFfS
09.06.2021: Ausschuss	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

464/21

SECHSTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES CONTERGANSTIFTUNGSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen CDU/CSU und SPD	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz wird der Name der "Conterganstiftung für behinderte Menschen" in "Conterganstiftung" geändert. Zudem wird in § 13 Absatz 1 ContStifG eine rechtliche Grundlage für eine vorzeitige Auszahlung der für die jährlichen Sonderzahlungen zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Stiftungsvermögen an die Leistungsberechtigten bis einschließlich 30.06.2023 geschaffen und in § 16 Absatz 1 klargestellt, dass einmal anerkannte Schadenspunkte geschützt sind und eine nachträgliche Verringerung der Schadenspunkte nicht erfolgt. Darüber hinaus soll der Kapitalstock durch Änderung von § 4 Absatz 1 abgeschmolzen werden.

AKTUELLER STATUS**10.06.2021: Ausschuss Bundesrat**

BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/29285) http://tsp.pm/PpimXo
06.05.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) Plenarprotokoll (19/227) http://tsp.pm/xaN8HA
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29889) http://tsp.pm/9OdBEI
20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/BorE2U
BUNDESRAT	Gesetz (464/21) http://tsp.pm/xgxS8f
10.06.2021: Ausschuss	
vsl. 25.06.2021: Beratung	

AKTUELL

403/21

ZWEITE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER ANLAGE DES NEUE-PSYCHOAKTIVE-STOFFE-GESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Zustimmungspf.	–

Mit der Verordnung werden die bisherigen fünf Stoffgruppen zur Erfassung weiterer neuer psychoaktiver Stoffe (NPS) fortgeschrieben und um die zwei Stoffgruppen der von Arylcyclohexylamin abgeleiteten Verbindungen und der von Benzimidazol abgeleiteten Verbindungen ergänzt.

AKTUELLER STATUS

09.06.2021: Ausschuss Bundesrat



BUNDESREGIERUNG



BUNDES RAT

Verordnung (403/21) <http://tsp.pm/LAQvw0>



09.06.2021: Ausschuss



vsl. 25.06.2021: Beratung

AKTUELL

388/21

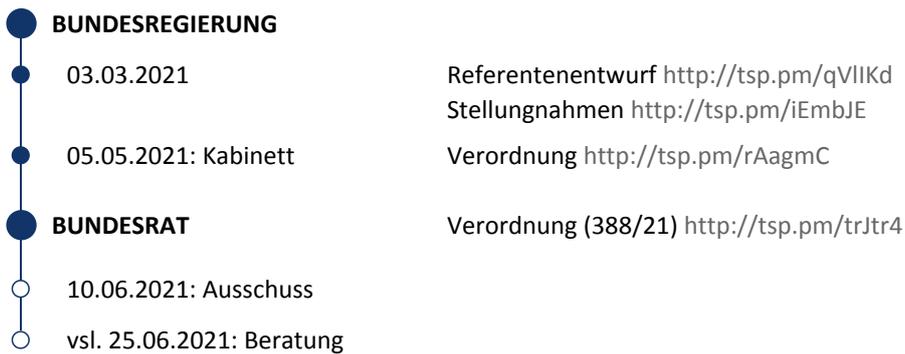
FÜNFTE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER BERUFSKRANKHEITEN-VERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMAS	Zustimmungspfl.	–

Auf Basis entsprechender Empfehlungen des Ärztlichen Sachverständigenbeirats Berufskrankheiten beim BMAS werden mit der Verordnung "Hüftgelenksarthrose durch Lastenhandhabung" und "Lungenkrebs durch Passivrauchen" in Anlage 1 der BKV aufgenommen.

AKTUELLER STATUS

10.06.2021: Ausschuss Bundesrat



AKTUELL

19/28784

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ABGEORNETENGESETZES – VERBESSERUNG DER TRANSPARENZREGELN FÜR DIE MITGLIEDER DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz sollen die parlamentarischen Transparenzregeln des AbgG deutlich verbessert werden. Die bisher untergesetzlichen Verhaltensregeln werden dafür ins AbgG übertragen. Ein neuer Elfter Abschnitt soll die bisherigen untergesetzlichen Verhaltensregeln (Anlage 1 GO-BT) ersetzen. Hierdurch sollen sämtliche Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete rechtssicher im AbgG verankert und somit übersichtlich werden.

AKTUELLER STATUS

11.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/28784) http://tsp.pm/zoKlnx
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/ryq1NZ
22.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
05.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/YnE7qn Stellungnahmen http://tsp.pm/FZXQ88
09.06.2021: Ausschuss	
11.06.2021: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 25.06.2021: Beratung	

AKTUELL

19/28655

GESETZ ZUR MODERNISIERUNG DES TABAKSTEUERRECHTS (TABSTMOG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Durch eine Änderung des Tabaksteuergesetzes und der Tabaksteuerverordnung sollen die Abgaben für Tabakwaren und neuartige Produkte angepasst werden. Vorgesehen sind, beginnend ab 2022, über fünf Jahre hinweg jährliche Erhöhungen der Tabaksteuer für Zigaretten und Feinschnitt sowie eine Anpassung der bestehenden Mindeststeuersätze für Zigarren, Zigarillos und Pfeifentabak zum 01.01.2022 und zum 01.01.2023. Zudem soll zum 01.01.2022 für erhitzten Tabak eine zusätzliche Steuer eingeführt werden, sodass er fortan analog zu Zigaretten besteuert wird. Darüber hinaus sollen E-Zigaretten ab 01.07.2022 der Tabaksteuer unterliegen.

AKTUELLER STATUS

10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
11.02.2021	Referentenentwurf http://tsp.pm/2001Mj Stellungnahmen http://tsp.pm/se36lx
24.03.2021: Kabinett	Gesetzentwurf http://tsp.pm/ulpX1C
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (243/21) http://tsp.pm/cBytC7
22.04.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (243/1/21) http://tsp.pm/VtUsLn
07.05.2021: 1. Beratung	Keine Einwendungen (243/21(B)) http://tsp.pm/6CuXOj
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/28655) http://tsp.pm/AB9hYK
21.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Finanzausschuss) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/zaBvwM
17.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/aGph7w Stellungnahmen http://tsp.pm/h0lcyF
19.05.2021: Ausschuss	
08.06.2021: Ausschuss	
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/27873

GESETZ ZUR STÄRKUNG DES VERBRAUCHERSCHUTZES IM WETTBEWERBS- UND GEWERBERECHT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll der Schutz von Verbrauchern vor unlauteren geschäftlichen Handlungen entsprechend unionsrechtlicher Vorgaben verbessert werden. Dazu sind Änderungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) nötig. Dadurch soll die Transparenz von Rankings und Verbraucherbewertungen im Internet erhöht werden. Verbraucher sollen zudem einen Anspruch auf Schadensersatz bei schuldhaften Verstößen von Unternehmen gegen Vorschriften des UWG erhalten. Für das Influencer-Marketing soll klargestellt werden, in welchen Fällen Inhalte im Internet einem kennzeichnungspflichtigen kommerziellen Zweck dienen. Mit dem Gesetz soll außerdem der Vertrieb von Medizinprodukten und Nahrungsergänzungsmitteln bei sogenannten "Kaffeefahrten" untersagt werden.

AKTUELLER STATUS

10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
● 04.11.2020	Referentenentwurf http://tsp.pm/tMv8zF
● 20.01.2021: Kabinett	Gesetzesentwurf http://tsp.pm/SPmBRS
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (56/21) http://tsp.pm/SRK0us
● 17.02.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (56/1/21) http://tsp.pm/b0bDnN
● 05.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (56/21(B)) http://tsp.pm/uAcDH1 Plenarprotokoll (1001) http://tsp.pm/Uo18G4
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (19/27873) http://tsp.pm/JzEYa6
● 24.03.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
● 26.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/219) http://tsp.pm/Vw38Kt
● 19.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/0ixOD3 Stellungnahmen http://tsp.pm/RgUvpF
○ 09.06.2021: Ausschuss	
○ 10.06.2021: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
○ vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/27442

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES E-GOVERNMENT-GESETZES UND ZUR EINFÜHRUNG DES GESETZES FÜR DIE NUTZUNG VON DATEN DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI; BMWi	Zustimmungspf. Bes. eilbedürftig	–

Um die Potenziale der Politik offener Daten voll auszuschöpfen, soll die Verfügbarkeit von Daten der Bundesverwaltung weiter gesteigert werden. Des Weiteren soll die Nutzbarkeit offener Daten verbessert werden. Als wesentliche Maßnahme zur Ausweitung der Bereitstellung offener, unbearbeiteter Daten durch den Bund soll der Anwendungsbereich des § 12a EGovG auf die gesamte Bundesverwaltung (mit Ausnahme der Selbstverwaltungskörperschaften und Beliehener) ausgeweitet werden. Dies soll zukünftig grundsätzlich auch die mittelbare Bundesverwaltung einschließen, die Anstalten, Körperschaften und Stiftungen öffentlichen Rechtes umfasst. Zudem sollen einzelne Ausnahmeregelungen gestrichen werden. Über das neue Datennutzungsgesetz werden außerdem öffentliche Unternehmen, die auf den Gebieten der Wasserversorgung, Energieversorgung und des Verkehrs tätig sind, verpflichtet, bestimmte Daten künftig öffentlich verfügbar zu machen.

AKTUELLER STATUS

10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
17.12.2020	Referentenentwurf http://tsp.pm/138eli Stellungnahmen http://tsp.pm/XXm5lv
10.02.2021: Kabinett	Gesetzesentwurf http://tsp.pm/Kqm1si
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (141/21) http://tsp.pm/jyOSyQ
11.03.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (141/1/21) http://tsp.pm/cVfkdc
26.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (141/21(B)) http://tsp.pm/mlv2Q6 Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/ykoXLW
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (19/27442) http://tsp.pm/Spmwsl
25.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie) Plenarprotokoll (19/218) http://tsp.pm/XprkKw
05.05.2021: Ausschuss	
06.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
19.05.2021: Ausschuss	
20.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/26822

GESETZ ZUR WEITERENTWICKLUNG DER GESUNDHEITSVERSORGUNG (GVWG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	–

Das Gesetz zielt darauf, die Leistungen sowie die Qualität und Transparenz in der Versorgung zu verbessern, Netzwerke zu stärken und strukturelle Verwerfungen zu beseitigen. Enthalten sind dazu unter anderem Regelungen zur Festlegung und Durchsetzung weiterer Mindestmengen in der stationären Versorgung, zur Einführung eines bundesweit einheitlichen Ersteinschätzungsverfahrens für die ambulante Notfallversorgung in Krankenhäusern und zum Ausbau von Zweitmeinungsverfahren. Darüber hinaus sollen an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten verpflichtet werden, sich ausreichend gegen die aus seiner Berufsausübung ergebenden Haftpflichtgefahren zu versichern. Für privat Krankenversicherte wird im Notlagentarif ein Direktanspruch der Leistungserbringer gegenüber dem Versicherer auf Leistungserstattung sowie im Basis- und Notlagentarif ein Aufrechnungsverbot für den Versicherer mit Prämienforderungen gegen eine Forderung des Versicherungsnehmers verankert.

AKTUELLER STATUS**11.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
23.10.2020	Referentenentwurf http://tsp.pm/G6ipCc Stellungnahmen http://tsp.pm/G2Nb3F
16.12.2020: Kabinett	Gesetzesentwurf http://tsp.pm/1l7fRR
BUNDES RAT	Gesetzesentwurf (12/21) http://tsp.pm/MprV8f
27.01.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (12/1/21) http://tsp.pm/Vy7lz3
12.02.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (12/21(B)) http://tsp.pm/dxAkPr Plenarprotokoll (1000) http://tsp.pm/Vz4yV1
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (19/26822) http://tsp.pm/a44par
26.02.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit) Plenarprotokoll (19/213) http://tsp.pm/sECZ44
24.03.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
12.04.2021: Ausschuss	
12.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/1G1fe1 Stellungnahmen http://tsp.pm/NTQyxM
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
20.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
07.06.2021: Ausschuss	
07.06.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/IONAVP Stellungnahmen http://tsp.pm/g5bnEo
09.06.2021: Ausschuss	
11.06.2021: 2./3. Lesung	
BUNDES RAT	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/25821

ZWEITES GESETZ ZUR VEREINFACHUNG UND MODERNISIERUNG DES PATENTRECHTS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	–

Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt sollen im Patentrecht und in anderen Gesetzen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes modernisiert, inhaltlich aneinander angeglichen und vereinfacht werden. Das Gesetz sieht zudem eine Klarstellung der Regelung des Unterlassungsanspruchs bei Verletzungen von Patenten oder Gebrauchsmustern vor. Es soll im Einklang mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung sichergestellt werden, dass die nach geltendem Recht bereits bestehende Möglichkeit, Verhältnismäßigkeitserwägungen beim Unterlassungsanspruch zu berücksichtigen, auch in der gerichtlichen Praxis als Korrektiv hinreichend zum Tragen kommt. Für eine bessere Synchronisierung der Verletzungsverfahren vor den Zivilgerichten und der Nichtigkeitsverfahren wird das Verfahren vor dem BPatG gestrafft. Außerdem soll die entsprechende Anwendung einzelner Bestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen in Patent- und Gebrauchsmusterstreitsachen vorgeschlagen werden.

AKTUELLER STATUS

10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
01.09.2020	Referentenentwurf http://tsp.pm/yvL5tZ Stellungnahmen http://tsp.pm/9zDUDe
28.10.2020: Kabinett	Gesetzesentwurf http://tsp.pm/tl0cX4
BUNDES RAT	Gesetzesentwurf (683/20) http://tsp.pm/jQKass
02.12.2020: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (683/1/20) http://tsp.pm/tGWYEJ
18.12.2020: 1. Beratung	Stellungnahme (683/20(B)) http://tsp.pm/leWDPk Plenarprotokoll (998) http://tsp.pm/laygs5
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (19/25821) http://tsp.pm/jkrXHX
27.01.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
27.01.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/205) http://tsp.pm/RWMCjg
24.02.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/HaoiKS Stellungnahmen http://tsp.pm/g7toxx
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: 2./3. Lesung	
BUNDES RAT	
vsl. 25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL

19/17633

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES EMBRYONENSCHUTZGESETZES – KINDERWÜNSCHE ERFÜLLEN, EIZELSPENDEN LEGALISIEREN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	–

Durch eine Änderung des Embryonenschutzgesetzes (ESchG) sollen die bislang verbotenen Eizellspenden in Deutschland legalisiert werden.

AKTUELLER STATUS

BUNDESTAG

- 12.03.2020: 1. Lesung
- 17.06.2020: Ausschuss
- 27.01.2021: Anhörung
- 05.05.2021: Ausschuss
- 10.06.2021: 2./3. Lesung

BUNDESRAT

10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

Gesetzentwurf (19/17633) <http://tsp.pm/O0gfBY>

Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit)
Plenarprotokoll (19/152) <http://tsp.pm/WYxK0u>

Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung

Sachverständigenliste <http://tsp.pm/UAYWdm>
Stellungnahmen <http://tsp.pm/yNudls>

Beschlussempfehlung und Bericht (19/29731) <http://tsp.pm/c5fEXt>

AKTUELL

19/16950

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES GENDIAGNOSTIKGESETZES – VORGEBURTliche Vaterschaftstests Ermöglichen

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	–

Der Entwurf sieht vor, durch Änderung von § 17 Abs. 6 Gendiagnostikgesetz (GenDG) die Durchführung vorgeburtlicher Vaterschaftstests mittels nichtinvasiver Diagnostik zu erlauben. Durch die ebenfalls geplante Vorgabe, dass das Ergebnis frühestens nach Ablauf der zwölften Schwangerschaftswoche mitgeteilt werden darf, soll sichergestellt werden, dass nach erfolgter Durchführung kein straffreier Schwangerschaftsabbruch allein aufgrund der Identifikation des Vaters vorgenommen wird.

AKTUELLER STATUS

10.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

●	BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (19/16950) http://tsp.pm/DwaROc
●	05.03.2020: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit) Plenarprotokoll (19/149) http://tsp.pm/cS6OGW
●	17.06.2020: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
●	19.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/i4BxdS Stellungnahmen http://tsp.pm/2Ue50E
○	09.06.2021: Ausschuss	
○	10.06.2021: 2./3. Lesung	
●	BUNDESRAT	

AKTUELL

19/29216

SIEBZEHNTE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER AUßENWIRTSCHAFTSVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWi	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit der Verordnung soll die AWV an den durch die erste Novelle des AWG geänderten gesetzlichen Rahmen angepasst und so die Überarbeitung des nationalen Investitionsprüfungsrechts abgeschlossen werden. Kern sind neue Melde- und damit verbundene Prüfpflichten für ausländische Direktinvestitionen in Hoch- und Zukunftstechnologien, zu denen unter anderem KI, Halbleiter, Quantentechnologie, Luft- und Raumfahrt sowie Nukleartechnologie zählen. Anders als etwa im Bereich Kritischer Infrastrukturen sollen diese jedoch erst ab dem Erwerb eines Anteils von 20 Prozent zur Anwendung kommen. Die Investitionsprüfung greift aber nicht nur bei erstmaliger Beteiligung, sondern auch bei darauffolgenden, aufstockenden Investitionen – allerdings nur, wenn sich ein bestehender Anteilseigner durch einen solchen "Hinzuerwerb" weiteren gesellschaftsrechtlich maßgeblichen Schwellen annähert beziehungsweise diese überschreitet.

AKTUELLER STATUS

10.06.2021: Beratung Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
22.01.2021	Referentenentwurf http://tsp.pm/LhWTMW Stellungnahmen http://tsp.pm/YLZyfv
27.04.2021: Kabinett	Verordnung http://tsp.pm/QHcqWr
BUNDESRAT	Verordnung (343/21) http://tsp.pm/lkMBix
12.05.2021: Ausschuss	
28.05.2021: Beratung	Keine Stellungnahme (343/21(B)) http://tsp.pm/Qpf8mx Plenarprotokoll (1005) http://tsp.pm/mMZo0g
BUNDESTAG	Verordnung (19/29216) http://tsp.pm/tPCo6Z
09.06.2021: Ausschuss	
10.06.2021: Beratung	

AKTUELL

19/28691

GESETZ ZUR REGELUNG DER SUIZIDHILFE

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Katrin Helling-Plahr, Karl Lauterbach, Petra Sitte et al.	Zustimmungspfl.	–

Das Gesetz soll regeln, unter welchen Voraussetzungen Hilfe zur Selbsttötung in Anspruch genommen beziehungsweise von Dritten geleistet werden darf. Zudem wird die Möglichkeit der ärztlichen Verschreibung entsprechender Medikamente eröffnet. Eine Verpflichtung zur Hilfe wird demgegenüber ausgeschlossen.

AKTUELLER STATUS

09.06.2021: Ausschuss Bundestag

<ul style="list-style-type: none"> BUNDESTAG 20.05.2021: 1. Lesung 09.06.2021: Ausschuss BUNDESRAT 	<p>Gesetzentwurf (19/28691) http://tsp.pm/1SrQ5a</p> <p>Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit) Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/RjmFDP</p> <p>Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung</p>
--	--

AKTUELL

19/28649

GESETZ ÜBER DIE UNTERNEHMERISCHEN SORGFALTPFLICHTEN IN LIEFERKETTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMAS	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Das Gesetz soll der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage dienen, indem für bestimmte Unternehmen Anforderungen an ein verantwortliches Management von Lieferketten definiert werden. Betroffene Firmen erhalten einen gesetzlichen Rahmen zur Erfüllung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Zur Kontrolle und Durchsetzung der Einhaltung wird eine zuständige Behörde benannt und mit entsprechenden Eingriffsbefugnissen ausgestattet. Zudem wird eine Bemühenspflicht begründet, aber weder eine Erfolgspflicht noch eine Garantiehaftung. Um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu verhindern, soll das Sorgfaltspflichtengesetz außerdem an eine künftige europäische Regelung angepasst werden.

AKTUELLER STATUS

09.06.2021: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
28.02.2021	Referentenentwurf http://tsp.pm/DthKYW Stellungnahmen http://tsp.pm/EvV96A
03.03.2021: Kabinett	Gesetzentwurf http://tsp.pm/cRWeTI
BUNDES RAT	Gesetzentwurf (239/21) http://tsp.pm/HwyOs9
22.04.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (239/1/21) http://tsp.pm/x4RnUU
07.05.2021: 1. Beratung	Keine Einwendungen (293/21(B)) http://tsp.pm/MkPouT Plenarprotokoll (1004) http://tsp.pm/urkPTd
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/28649) http://tsp.pm/Xg7d0m
21.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Arbeit und Soziales) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/dXDj44
05.05.2021: Ausschuss	
17.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/rIfvTk Stellungnahmen http://tsp.pm/nfYqo9
19.05.2021: Ausschuss	Absetzung von TO
20.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
09.06.2021: Ausschuss	
BUNDES RAT	

AKTUELL

19/1832

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES FÜNFTEN BUCHES SOZIALGESETZBUCH ZUR GLEICHSTELLUNG NICHTHELICHER LEBENSGEMEINSCHAFTEN UND LESBISCHER PAARE BEI DER KOSTENÜBERNAHME FÜR MAßNAHMEN DER KÜNSTLICHEN BEFRUCHTUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Nicht zustimmungspfl.	–

§ 27a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch wird dahingehend geändert, dass erstens die Voraussetzung der Ehe durch die Voraussetzung der eingetragenen Lebenspartnerschaft oder das Vorliegen einer auf Dauer angelegten nichtehelichen Lebensgemeinschaft ergänzt wird. Zweitens werden auch die Behandlungskosten für eine heterologe künstliche Befruchtung übernommen, wenn die genannten Paare die übrigen Voraussetzungen erfüllen. Damit erhalten neben verheirateten auch verpartnerte sowie nicht formalisierte Paare für Maßnahmen der homologen oder heterologen künstlichen Befruchtung einen gesetzlichen Anspruch auf partielle Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung.

AKTUELLER STATUS

BUNDESTAG

- 26.04.2018: 1. Lesung
- 27.06.2018: Ausschuss
- 28.11.2018: Anhörung
- 09.06.2021: Ausschuss

BUNDESRAT

09.06.2021: Ausschuss Bundestag

Gesetzentwurf (19/1832) <http://tsp.pm/yE3APB>

Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit)

Plenarprotokoll (19/29) <http://tsp.pm/0p9MXo>

Sachverständigenliste <http://tsp.pm/M1zqOv>

Stellungnahmen <http://tsp.pm/kGk201>

UNVERÄNDERT

19/26181

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES VERFAHRENS BEI DER VERORDNUNG VON CANNABIS NACH § 31 ABSATZ 6 DES FÜNFTEN BUCHES SOZIALGESETZBUCHES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Zustimmungspf.	–

Mit dem Gesetz soll das verpflichtende Genehmigungsverfahren vor jeder erstmaligen Verordnung von Cannabis durch ein freiwilliges Genehmigungsverfahren ersetzt werden. Patienten sollen so einen schnelleren Zugang zu Verschreibungen erhalten und Ärzte wirkungsvoll vor Regressen geschützt werden. Geplant ist dafür eine Änderung von § 31 Abs. 6 SGB V.

AKTUELLER STATUS

28.01.2021: 1. Lesung Bundestag



BUNDESTAG

Gesetzentwurf (19/26181) <http://tsp.pm/2lLHfm>



28.01.2021: 1. Lesung

Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit)

Plenarprotokoll (19/206) <http://tsp.pm/HFlqA3>



BUNDESRAT

UNVERÄNDERT

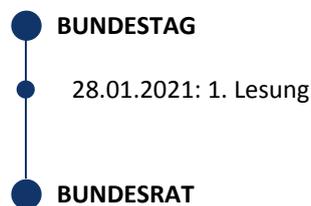
19/26180

GESETZ ZUR STÄRKUNG DES PARLAMENTS IN EPIDEMISCHEN LAGEN VON NATIONALER TRAGWEITE

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	–

Die Bundesregierung soll mit dem Gesetz verpflichtet werden, zunächst die Zustimmung des Bundestages einzuholen, wenn sie beabsichtigt, bundesweit einheitliche infektionsschutzrechtliche Maßnahmen der Länder im Rahmen der Bund-Länder-Koordination herbeizuführen. Ist dies "wegen Gefahr im Verzug" nicht möglich, soll die Genehmigung nachträglich eingeholt werden müssen. Zudem soll die Bundesregierung dem Parlament offenlegen müssen, mit welchen Vorschlägen sie in die Bund-Länder-Koordination hineingeht beziehungsweise hineingegangen ist und wie sich dies im Ergebnis widerspiegelt.

AKTUELLER STATUS



28.01.2021: 1. Lesung Bundestag

Gesetzentwurf (19/26180) <http://tsp.pm/89BTrA>

Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit)
 Plenarprotokoll (19/206) <http://tsp.pm/GOFrPa>

UNVERÄNDERT

19/25254

GESETZ FÜR EINEN PANDEMIERAT DES BUNDESTAGES (PANDEMIERATGESETZ – PANDEMIERATG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktion Die Linke	Nicht zustimmungspfl.	–

Das Gesetz zielt auf die Einführung einer Unterrichtungspflicht der Bundesregierung und des Bundesrates gegenüber dem Bundestag zu den ihnen jeweils vorliegenden Erkenntnissen zum Infektionsgeschehen, um eine "substanzielle Befassung" des Parlaments zu ermöglichen. Zudem soll eine Rechtsgrundlage für die Einsetzung eines aus Wissenschaftlern und Bürgern zusammengesetzten "Pandemierates" geschaffen werden, der den Bundestag fortlaufend beraten soll und dessen Berichte im Vorfeld einer Befassung des Parlaments mit dem Infektionsgeschehen einbezogen werden sollen.

AKTUELLER STATUS



24.03.2021: Ausschuss Bundestag

Gesetzentwurf (19/25254) <http://tsp.pm/PPeBLq>

Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit)

Plenarprotokoll (19/202) <http://tsp.pm/GVN2Dh>

Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung

UNVERÄNDERT

19/20037

TRACING-APP-FREIWILLIGKEITS-GESETZ (TRAPFG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll für "bestimmte Massengeschäfte" geregelt werden, dass niemand benachteiligt werden darf, weil er keine Tracing-App installiert hat bzw. nutzt. Gleiches soll für Arbeitsverhältnisse gelten. Bei Verstoß droht ein Unterlassungs- und Schadenersatzanspruch. Die Nutzung oder Offenbarung von Daten aus der Nutzung soll nicht dem Direktionsrecht des Arbeitgebers und dem Weisungsrecht des Dienstherrn unterliegen. Zudem werden eine strenge Zweckbindung sowie ein Beschlagnahme- und Verwertungsverbot geregelt.

AKTUELLER STATUS**18.06.2020: 1. Lesung Bundestag**

BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/20037) http://tsp.pm/RgAJBI
17.06.2020: Ausschuss	Keine Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
18.06.2020: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/166) http://tsp.pm/h21hZx
BUNDESRAT	

UNVERÄNDERT

19/15276

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESNICHTRAUCHERSCHUTZGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	Zustimmungspfl.	–

Um Minderjährige und Schwangere vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen, soll durch Änderung des BNichtrSchG das Rauchen in ihrer Anwesenheit in geschlossenen Fahrzeugen untersagt werden. Im Falle eines Verstoßes soll ein Bußgeld in Höhe von 500 bis 3.000 Euro drohen.

AKTUELLER STATUS**11.10.2019: 2. Beratung Bundesrat**

BUNDESRAT	Gesetzentwurf (435/19) http://tsp.pm/Jx0tA1
20.09.2019: 1. Beratung	Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss) Plenarprotokoll (980) http://tsp.pm/JgpIHT
25.09.2019: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (435/1/19) http://tsp.pm/PBBIYj
11.10.2019: 2. Beratung	Einbringung; Bestellung eines Beauftragten (435/19(B)) http://tsp.pm/8kJBbG Plenarprotokoll (981) http://tsp.pm/pEUxMn
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/15276) http://tsp.pm/crCFNT

UNVERÄNDERT

643/20

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BETÄUBUNGSMITTELGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Hessen	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll eine Rechtsgrundlage für die Zulässigkeit des Betriebs von Einrichtungen zur Untersuchung von Betäubungsmitteln und neuen psychoaktiven Substanzen geschaffen werden. Den Bundesländern würde damit erlaubt, solche "Drug-Checking"-Projekte als Gesundheitsmaßnahme durchzuführen. Die geplante Regelung lehnt sich an die im BtMG bereits bestehende Möglichkeit für die Länder an, die rechtlichen Voraussetzungen für den Betrieb von "Drogenkonsumräumen" zu schaffen.

AKTUELLER STATUS**11.11.2020: Ausschuss Bundesrat**

- **BUNDESRAT**
 - 06.11.2020: 1. Beratung
 - 11.11.2020: Ausschuss
 - 27.11.2020: 2. Beratung
- Gesetzentwurf (643/20) <http://tsp.pm/kYYUU8>
- Überweisung (federführend: Ausschuss für Gesundheit)
- Empfehlungen der Ausschüsse (643/1/20) <http://tsp.pm/haJQk3>
- Absetzung von TO

UNVERÄNDERT

71/18

GESETZ ZUR VERBESSERUNG DER SEKTORENÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENARBEIT IM ÄRZTLICHEN NOTDIENST MITTELS WEITERENTWICKELTER PORTALPRAXEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Schleswig-Holstein	Nicht zustimmungspfl.	–

Der Gesetzentwurf setzt auf die seit 01.01.2016 aufgrund der Änderung des § 75 Absatz 1 b Satz 2 SGB V geforderte Errichtung von Notdienstpraxen in oder an Krankenhäusern oder Einbindung der Notfallambulanzen der Krankenhäuser in den ärztlichen Bereitschaftsdienst auf. Durch Änderungen in den §§ 75 und 105 SGB V soll in begründeten Ausnahmefällen die Möglichkeit der Entlastung der Notaufnahmen der Krankenhäuser auch während der Sprechstundenzeiten geschaffen werden.

AKTUELLER STATUS

11.04.2018: Ausschuss Bundesrat



BUNDESRAT

Gesetzentwurf (71/18) <http://tsp.pm/6QTIK8>



23.03.2018: 1. Beratung

Überweisung (federführend: Gesundheitsausschuss)



11.04.2018: Ausschuss

Plenarprotokoll (966) <http://tsp.pm/pL9svW>



BUNDESTAG



BUNDESRAT

VERABSCHIEDET

-

VERORDNUNG ZUM ANSPRUCH AUF SCHUTZIMPFUNG GEGEN DAS CORONAVIRUS SARS-COV-2 (CORONAVIRUS-IMPFVERORDNUNG – CORONAIMPfV)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	-

Die Verordnung regelt den Anspruch auf Schutzimpfungen gegen SARS-CoV-2. Die bis dato geltende Priorisierung wird aufgehoben, Betriebs- und Privatärzte werden in die Impfkampagne einbezogen sowie die Vergütung für die Ausstellung von Impfzertifikaten geregelt. Zudem ist eine Erstattung der bisher aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds und von privaten Krankenversicherern erfolgten Ausgaben für 2021 aus Bundesmitteln vorgesehen.

AKTUELLER STATUS

07.06.2021: Inkrafttreten



BUNDESREGIERUNG



19.05.2021

Referentenentwurf <http://tsp.pm/tOXpra>



02.06.2021: Kabinett

Verordnung <http://tsp.pm/GpRGH1>

VERABSCHIEDET

-

ERSTE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER VERORDNUNG ZUR REGELUNG WEITERER MAßNAHMEN ZUR WIRTSCHAFTLICHEN SICHERUNG DER KRANKENHÄUSER

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMG	Nicht zustimmungspfl.	-

Mit der Verordnung werden die Regelungen zur finanziellen Absicherung von Kliniken sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen bis 15.06.2021 verlängert.

AKTUELLER STATUS

01.06.2021: Inkrafttreten



BUNDESREGIERUNG



01.06.2021

Verordnung <http://tsp.pm/LXaWa0>



ÜBERSICHT DER KW 23

Ausblick auf die politischen Termine vom 07.06. bis 13.06.2021



PLENUM

- 232. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 233. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 234. Sitzung des Deutschen Bundestages

AUSSCHÜSSE

- 172. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
- 173. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit (Öffentliche Anhörung)
- 174. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit (Öffentliche Anhörung)
- 145. Sitzung des Finanzausschusses
- 115. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- 146. Sitzung des Finanzausschusses
- 122. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie
- 79. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 158. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz
- 76. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- 175. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
- 131. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales
- 54. Sitzung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- 95. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- 100. Sitzung des Haushaltsausschusses
- 176. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit (Öffentliche Anhörung)
- 82. Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda
- 83. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung



PLENUM

- Keine Sitzung.
- Nächste Sitzung: 25.06.2021

AUSSCHÜSSE

- Sitzung des Gesundheitsausschusses (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Integration und Sozialpolitik (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

Sitzung des Ausschusses für Familie und Senioren (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

Sitzung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union (Umfrageverfahren gemäß § 43 GO BR)

TERMINE

KW 23

Montag, 07.06.2021

DMEA 2021

FES zu öffentlicher Infrastruktur und Investitionen

FNF zu innovativen Technologien

Diakonie zur Suizidassistenz

Dienstag, 08.06.2021

BKV zur Gesundheitspolitik der CDU

VDI Technologiezentrum zur elektronischen Patientenakte

Neu BMU und BMAS zur ökologischen Transformation in der Sozialwirtschaft

Wirtschaftsforum der SPD zur Transformation der Industrie

AOK und WIdO zu Klima und Gesundheit

Neu ALM zur Labormedizin

Neu Leopoldina zum Gesundheitsverhalten nach der Pandemie

Neu BVMW zur Perspektive des Mittelstands

Neu BVMed zur Gesundheitspolitik der FDP

Mittwoch, 09.06.2021

Diakonie und DEKV zur Pflegeausbildung

Wirtschaftstag der Innovationen 2021

Neu BVMed zur Gesundheitspolitik

InÖG zur Digitalisierung des ÖGD

Deutsches Pflege Forum zur Pflegepolitik in Berlin

Donnerstag, 10.06.2021

Ministerpräsidentenkonferenz

Kultusministerkonferenz (KMK)

DAV zur Lage der Apotheken

Freitag, 11.06.2021

46. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen

Samstag, 12.06.2021

mRNA-Kongress 2021



BUNDESTAG

PLENUM

Mittwoch, 09.06.2021 | 12.00 Uhr

232. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Top 4 Befragung der Bundesregierung

Top 5 Fragestunde (19/30284)

Donnerstag, 10.06.2021 | 09.00 Uhr

233. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- Top 13a** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021 (19/27530)
- Top 13b** Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021 (19/...)
- Top 13c** Beratung der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: Bericht des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (Arbeitsbericht der 19. Wahlperiode) (19/30130)
- Top 19** Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Feststellung des Fortbestehens der epidemischen Lage von nationaler Tragweite (19/...)
- Top 21a** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442, 19/28408, 19/28605 Nr. 1.17) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/...) und Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (19/...)
- Top 33b** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht (19/27873) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 34** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts (19/25821) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 36a** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Modernisierung des Tabaksteuerrechts (Tabaksteuermodernisierungsgesetz – TabStMoG) (19/28655) – Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (19/...)
- Top 36b** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Dampfprodukte fair besteuern (19/29210)
- Top 50g** Beratung des Antrags der Fraktion der AfD: Pflegende Angehörige unterstützen – Flexibilität für Verhinderungspflege erhöhen (19/...) – Überweisung im vereinfachten Verfahren

- Top 50m** Beratung des Antrags der Fraktion Die Linke: Corona-Impfungen in sozial benachteiligten Stadtteilen und ländlichen Regionen (19/...) – Überweisung im vereinfachten Verfahren
- Top 51z** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/26628 Buchstabe b) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hohe Versorgungsqualität in der Einwanderungsgesellschaft sicherstellen, interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen fördern (19/16844) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51aa** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/26781 Buchstabe b) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen sicherstellen – Rechte marginalisierter Gruppen in Zeiten der COVID-19-Pandemie nachhaltig stärken (19/19538) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51rr** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/...) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Eltern mit kranken Kindern besser unterstützen – Lohnfortzahlungsanspruch und Kinderkrankengeld lebensnah reformieren (19/22501) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51ss** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/29888) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Eine starke Stimme für Patientinnen und Patienten – Patientenstiftung gründen und Unabhängige Patientenberatung reformieren (19/25382) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51vv** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/...) zu der Verordnung der Bundesregierung: Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (19/29216) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51ddd** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Mehr Transparenz für Versicherte – Krankenkassen zu einer Bewertung ihrer Dienstleistungen verpflichten (19/29299) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51eee** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/30082) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: COVID-19-Risikogruppen bezüglich Vorerkrankungen genauer definieren (19/29307) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51ggg** Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gendiagnostikgesetzes – Vorgeburtliche Vaterschaftstests ermöglichen (19/16950) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51ooo** Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Embryonenschutzgesetzes – Kinderwünsche erfüllen, Eizellspenden legalisieren (19/17633) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (19/29731) – Abschließende Beratung ohne Aussprache
- Top 51hhh** Beratung des Antrags der Fraktion der FDP: Beste Bildung – Auch für die Pflege (19/...) – Abschließende Beratung ohne Aussprache

Freitag, 11.06.2021 | 09.00 Uhr

234. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- Top 45a** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) (19/26822, 19/27214) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (19/...)
- Top 45b** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Herdenimmunität durch flächendeckende Antikörpertests ermitteln – Unnötige Impfrisiken vermeiden (19/27202), zu dem Antrag der Fraktion Die Linke: Solidarische Pflegevollversicherung umsetzen (19/24448), zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Transparenz und mehr Anreize für eine bessere Versorgung im Wettbewerb der gesetzlichen Krankenversicherungen (19/26889), zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Perspektive für Therapieberufe schaffen – Verbindlichen Fahrplan für die reguläre akademische Ausbildung aufstellen (19/27829), zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen unverzüglich menschenrechtskonform gestalten (19/27874)
- Top 45c** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/26781 Buchstabe a) zu dem Antrag der Fraktion Die Linke: Gute Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne Krankenversicherung oder mit Beitragsschulden und Geflüchtete (19/17543)
- Top 45d** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/29795) zu dem Antrag der Fraktion Die Linke: Arzneimittelversorgung sicherstellen – Lieferengpässe wirksam bekämpfen (19/17106)
- Top 45e** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/29859) zu dem Antrag der Fraktion Die Linke: Entlastungspflege bundesweit stärken und finanzieren (19/19639)
- Top 45f** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/29667) zu dem Antrag der Fraktion Die Linke: Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung abschaffen und dadurch den Beitragssatz senken (19/23934)
- Top 46a** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: 900.000 Erkrankungen und 30.000 Tote Jahr für Jahr allein aufgrund von Krankenhausinfektionen – Mehr Schutz der Bürger vor Sepsis und Infektionen (19/29780)
- Top 46b** Beratung der Antwort der Bundesregierung (19/28076) auf die Große Anfrage der Fraktion der AfD: Schutz vor multiresistenten und nosokomialen Keimen (19/21882)
- Top 47** Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages (19/28784) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (19/...)

AUSSCHÜSSE

Montag, 07.06.2021 | 09.30 Uhr**172. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR GESUNDHEIT**

- Top 1a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) (19/26822)
- Top 1b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) (19/26822) – Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates (19/27214)
- Top 1c** Antrag der Fraktion Die Linke: Solidarische Pflegevollversicherung umsetzen (19/24448)
- Top 1d** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Pflegeversicherung verlässlich und solidarisch gestalten – Die doppelte Pflegegarantie umsetzen (19/14827)

Montag, 07.06.2021 | 10.30 Uhr**173. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR GESUNDHEIT
(ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)**

- Top 1a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) (19/26822)
- Top 1b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) (19/26822) – Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates (19/27214)
- Top 1c** Antrag der Fraktion Die Linke: Solidarische Pflegevollversicherung umsetzen (19/24448)
- Top 1d** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Pflegeversicherung verlässlich und solidarisch gestalten – Die doppelte Pflegegarantie umsetzen (19/14827)

Montag, 07.06.2021 | 12.45 Uhr**174. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR GESUNDHEIT
(ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)**

- Top 1a** Antrag der Fraktion der FDP: Spätfolgen der Corona-Erkrankung ernst nehmen – Long-Covid-Behandlungszentren etablieren (19/29267)
- Top 1b** Antrag der Fraktion Die Linke: Long-COVID als Berufskrankheit anerkennen und die Versorgung Betroffener sicherstellen (19/29270)

Dienstag, 08.06.2021 | 19.00 Uhr**145. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES**

- Top 4a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Tabaksteuerrechts (Tabaksteuermodernisierungsgesetz – TabStMoG) (19/28655)
- Top 4b** Antrag der Fraktion der FDP: Dampfprodukte fair besteuern (19/29210)

Mittwoch, 09.06.2021 | 08.00 Uhr

115. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

- Top 47** Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Zweiter Ausblick zur Entwicklung der Luftqualität

Mittwoch, 09.06.2021 | 08.00 Uhr

146. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES

- Top 4a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Tabaksteuerrechts (Tabaksteuermodernisierungsgesetz – TabStMoG) (19/28655)
- Top 4b** Antrag der Fraktion der FDP: Dampfprodukte fair besteuern (19/29210)

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.00 Uhr

122. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

- Top 1** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu den aktuellen wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und den Hilfsprogrammen der Bundesregierung
- Top 3a** Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442)
- Top 3b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442) – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (19/28408)
- Top 8** Verordnung der Bundesregierung: Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (19/29216)
- Top 11** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die ökologisch-soziale, digitale Transformation – Den Wandel der Industrie nachhaltig gestalten (19/26911)

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.00 Uhr

79. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

- Top 4** Antrag der Fraktion der FDP: Abhängigkeitsverhältnisse durch Impfstoffdiplomatie verhindern (19/29745)

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.00 Uhr

158. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

- Top 2a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht (19/27873)
- Top 4** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts (19/25821)

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.30 Uhr

76. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

- Top 9b** Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Gründung von gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von "Horizont Europa"

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.30 Uhr

175. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR GESUNDHEIT

- Top 1** Bericht der Bundesregierung zur aktuellen Entwicklung der SARS-CoV-2-Infektionen
- Top 2** Abschlussbericht der Vorsitzenden des Unterausschusses Globale Gesundheit
- Top 3a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) (19/26822)
- Top 3b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz – GVWG) (19/26822) – Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates (19/27214)
- Top 3c** Antrag der Fraktion der AfD: Herdenimmunität durch flächendeckenden Antikörpertests ermitteln – Unnötige Impfrisiken vermeiden (19/27202)
- Top 3d** Antrag der Fraktion Die Linke: Solidarische Pflegevollversicherung umsetzen (19/24448)
- Top 3e** Antrag der Fraktion Die Linke: Rentenplus für pflegende Angehörige (19/25349)
- Top 3f** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die Pflegeversicherung verlässlich und solidarisch gestalten – Die doppelte Pflegegarantie umsetzen (19/14827)
- Top 3g** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Pflegende Angehörige unterstützen – Nicht nur in der Corona-Krise (19/18957)
- Top 3h** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Professionelle Pflegekräfte wertschätzen und entlasten – Nicht nur in der Corona-Krise (19/19136)
- Top 3i** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Transparenz und mehr Anreize für eine bessere Versorgung im Wettbewerb der gesetzlichen Krankenversicherungen (19/26889)
- Top 3j** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Perspektive für Therapieberufe schaffen – Verbindlichen Fahrplan für die reguläre akademische Ausbildung aufstellen (19/27829)
- Top 3k** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen unverzüglich menschenrechtskonform gestalten (19/27874)
- Top 3l** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Bessere Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Beruf durch eine PflegeZeit Plus (19/28781)
- Top 5** Gesetzentwurf der Fraktion der FDP: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gendiagnostikgesetzes – Vorgeburtliche Vaterschaftstests ermöglichen (19/16950)
- Top 6a** Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch klare Regelung des Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsanspruches bei Erkrankung der Kinder (19/22496)
- Top 6b** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Eltern mit kranken Kindern besser unterstützen – Lohnfortzahlungsanspruch und Kinderkrankengeld lebensnah reformieren (19/22501)

- Top 7a** Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zur Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und lesbischer Paare bei der Kostenübernahme für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung (19/1832)
- Top 7b** Antrag der Fraktion Die Linke: Medizinische Kinderwunschbehandlungen umfassend ermöglichen (19/5548)
- Top 8** Antrag der Fraktion der AfD: Arzneimittelsicherheit stärken – Risiko-Entlastung von Patienten und Ärzten bei Off-Label-Nutzung (19/29772)
- Top 9** Antrag der Fraktion der AfD: Gesundheit ist keine Ware – Privatisierung der Krankenhauslandschaft begrenzen (19/29774)
- Top 10** Antrag der Fraktion der AfD: 90.0000 Erkrankungen und 30.000 Tote Jahr für Jahr allein aufgrund von Krankenhausinfektionen – Mehr Schutz der Bürger vor Sepsis und Infektionen (19/29780)
- Top 11** Antrag der Fraktion der AfD: Realistische Corona-Strategie umsetzen – Nachhaltigen Schutz ermöglichen (19/29784)
- Top 12** Antrag der Fraktion der FDP: Smart Germany – Antibiotikaeinsatz reduzieren, Chancen von Big Data nutzen (19/14047)
- Top 13** Antrag der Fraktion der FDP: Qualitätsorientierte Versorgung stärken – Pay-For-Performance-Modelle in der ambulanten Versorgung fördern (19/15055)
- Top 14a** Antrag der Fraktion der FDP: Einfach Leben retten – Blutspendeverbot für homosexuelle und transgeschlechtliche Menschen abschaffen (19/15260)
- Top 14b** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Diskriminierung von homosexuellen und transgeschlechtlichen Menschen bei der Blutspende beenden (19/17797)
- Top 14c** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Diskriminierung bei der Blutspende beenden – Transfusionsgesetz ändern (19/19497)
- Top 15** Antrag der Fraktion der FDP: Gesundheitsprävention stärken und zielgerichtet weiterentwickeln (19/17094)
- Top 16** Antrag der Fraktion der FDP: Diabetes mellitus – Rahmenbedingungen für Prävention, Versorgung und Forschung schaffen (19/20555)
- Top 17** Antrag der Fraktion der FDP: Patientensicherheit bei Aligener-Behandlungen durchsetzen (19/25668)
- Top 18a** Antrag der Fraktion der FDP: Ungeborene Kinder vor schweren Schäden durch Alkohol schützen (19/26118)
- Top 18b** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Alkoholpräventionsstrategie entwickeln und europäisch voranbringen (19/24386)
- Top 19** Antrag der Fraktion der FDP: Ziel 3 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verwirklichen – Bekämpfung vernachlässigter Tropenkrankheiten als Hebel zur allgemeinen Gesundheitsversorgung (19/26119)
- Top 20a** Antrag der Fraktion der FDP: Krankenhausfinanzierung der Zukunft – Mehr Investitionen und weniger Bürokratie (19/26191)
- Top 20b** Antrag der Fraktion Die Linke: Systemwechsel im Krankenhaus – Gemeinwohl statt Kostendruck und Profite (19/26168)

- Top 20c** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mehr Verlässlichkeit und Qualität in der stationären Krankenhausversorgung – Vergütungssystem, Investitionsfinanzierung und Planung reformieren (19/27830)
- Top 21** Antrag der Fraktion der FDP: Wirksame Pandemieprävention durch One Health (19/26849)
- Top 22** Antrag der Fraktion der FDP: Verbesserung der Gesundheitsversorgung mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln (19/27051)
- Top 23** Antrag der Fraktion der FDP: Nationales Impfportal einrichten – Impfmanagement zielgerichtet voranbringen (19/27184)
- Top 24** Antrag der Fraktion der FDP: Die COVID-19-Pandemie global und koordiniert bekämpfen (19/27813)
- Top 25** Antrag der Fraktion der FDP: Klinische Forschung von Anticorona-Medikation mit Lichtgeschwindigkeit vorantreiben (19/28434)
- Top 26** Antrag der Fraktion der FDP: Psychische Gesundheit während und nach der COVID-19-Pandemie stärken (19/29747)
- Top 27** Antrag der Fraktion der FDP: Befugnisse während Gesundheitsnotlagen auf EU-Ebene demokratisch gestalten (19/29748)
- Top 28** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gesundheitsregionen – Aufbruch für mehr Verlässlichkeit, Kooperation und regionale Verankerung in unserer Gesundheitsversorgung (19/21881)
- Top 29** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gerechte Gesundheitsversorgung erfordert Gendersensibilität – Frauengesundheit stärken (19/27882)
- Top 30** Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Dr. Karl Lauterbach, Dr. Petra Sitte, Swen Schulz (Spandau), Otto Fricke und weitere Abgeordnete: Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Suizidhilfe (19/28691) – Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
- Top 31** Antrag der Fraktion der FDP: Cannabis zu Genusszwecken kontrolliert an Erwachsene abgeben – Gesundheits- und Jugendschutz stärken (19/27807) – Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
- Top 32** Antrag der Fraktion der FDP: Aktionsplan globale Gesundheit – Ziele entschlossen erreichen (19/28765)

Mittwoch, 09.06.2021 | 09.30 Uhr

131. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR ARBEIT UND SOZIALES

- Top 1a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (19/28649)
- Top 1b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (19/28649) – Stellungnahme des Bundesrates (19/29592)
- Top 1c** Antrag der Fraktion Die Linke: Sorgfaltspflichtengesetz grundlegend nachbessern – Menschenrechte in Lieferketten wirksam schützen (19/29279)
- Top 9** Berichterstattung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Personalentwicklung in der Krankenpflege während der Corona-Krise – Behandlung gem. § 62 Abs. 1 Satz 3 GO BT auf Wunsch der Fraktion der AfD

Mittwoch, 09.06.2021 | 13.30 Uhr

54. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WAHLPRÜFUNG, IMMUNITÄT UND GESCHÄFTSORDNUNG

- Top 2a** Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen: Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages (19/28784)

Mittwoch, 09.06.2021 | 13.45 Uhr

95. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 4g** Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz am 14./15.06.2021
- Top 25 01** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms "InvestEU"
- Top 28 01** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang
- Top 28 02** Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang

Mittwoch, 09.06.2021 | 14.00 Uhr

100. SITZUNG DES HAUSHALTAUSSCHUSSES

- Top 37** Unterrichtung durch die Bundesregierung zu Berichten über Fälle betrügerischer Abrechnung sowie organisatorischer und konzeptioneller Mängel in Corona-Testzentren
- Top 38** Unterrichtung durch die Bundesregierung über Änderungen beim Bundeszuschuss GKV sowie die Finanzierung der geplanten Reformschritte in der Pflege
- Top 64** Unterrichtung durch die Bundesregierung über den Erwerb von PSA mit geringer Qualität und deren weitere Verwendung

Mittwoch, 09.06.2021 | 14.15 Uhr

176. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR GESUNDHEIT (ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)

- Top 1a** Antrag der Fraktion der FDP: Notfallversorgung neu denken – Jede Minute zählt (19/16037)
- Top 1b** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Im Notfall gut versorgt – Patientengerechte Reform der Notfallversorgung (19/5909)

Mittwoch, 09.06.2021 | 15.00 Uhr

82. SITZUNG DES AUSSCHUSSES DIGITALE AGENDA

- Top 2a** EFI-Gutachten 2021
- Top 2b** Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Corona-Krise

Mittwoch, 09.06.2021 | 19.00 Uhr

83. SITZUNG DES PARLAMENTARISCHEN BEIRATES FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

- Top 1** Beschlussfassung der Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für Nachhaltige Entwicklung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Weiterentwicklung 2021 (19/...)

**PLENUM**

Keine Sitzung.

Keine Sitzung. Nächste Sitzung: 25.06.2021

AUSSCHÜSSE

Mittwoch, 09.06.2021

**SITZUNG DES GESUNDHEITSAUSSCHUSSES
(UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)**

- Top 1** Gesetz zur Zusammenführung von Krebsregisterdaten (469/21)
- Top 5** Zweite Verordnung zur Änderung der Anlage des Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes (403/21)
- Top 7** Zweite Verordnung zur Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung (450/21)

Donnerstag, 10.06.2021

**SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND
SOZIALPOLITIK (UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)**

- Top 7** Fünfte Verordnung zur Änderung der Berufskrankheiten-Verordnung (388/21)

Donnerstag, 10.06.2021

**SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR FAMILIE UND SENIOREN
(UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)**

- Top 1** Sechstes Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes (Sechstes ÄndG ContStifG) (464/21)

Freitag, 11.06.2021

**SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAGEN DER EUROPÄISCHEN
UNION (UMFRAGEVERFAHREN GEMÄß § 43 GO BR)**

- Top 3** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Eine Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert (444/21)
- Top 4** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020 – einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen (436/21)
- Top 5** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen (449/21)

 **TERMINE**

KW 23

Montag, 07.06.2021 | 09.35 Uhr (bis 11.06.)**DMEA 2021**

Format: Messe (Online)

Titel: Connecting Digital Health

Veranstalter: Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg)

Teilnehmer: Jens Spahn MdB (Bundesminister für Gesundheit), Andreas Westerfellhaus (Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege), Erwin Rüdell MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit, CDU/CSU-Fraktion), Erich Irlstorfer MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, CDU/CSU-Fraktion), Dirk Heidenblut MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, SPD-Fraktion), Maria Klein-Schmeink MdB (stv. Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Anna Christmann MdB (innovations- und technologiepolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Link: <http://tsp.pm/1PRWmo>**Montag, 07.06.2021 | 14.00 Uhr - 16.00 Uhr****FES ZU ÖFFENTLICHER INFRASTRUKTUR UND INVESTITIONEN**

Format: Präsentation einer Studie und Diskussion (Online)

Titel: Baustelle zukunftsfähige Infrastruktur

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Teilnehmer: Sarah Ryglewski MdB (Parl. Staatssekretärin, BMF), Prof. Dr. Dörte Diemert (Stadtkämmerin und Dezernentin für Finanzen und Beteiligungen, Köln), Prof. Dr. Carsten Kühl (Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Difu), Prof. Dr. Michael Hüther (Direktor und Mitglied des Präsidiums, IW Köln), Hans Eichel (Bundesminister a. D.; Sprecher des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik, FES)

Link: <http://tsp.pm/JSvofw>**Montag, 07.06.2021 | 15.00 Uhr - 16.30 Uhr****FNF ZU INNOVATIVEN TECHNOLOGIEN**

Format: Diskussion (Online)

Titel: Innovationstalk – Wie kann Deutschland innovationsfitter werden?
Technologische Souveränität

Veranstalter: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)

Teilnehmer: Dr. Volker Wissing (Generalsekretär, FDP), Dr. Harald Röckel (Vice President, BASF; Vorsitzender des Fachausschusses für Forschungs- und Bildungspolitik, VCI), Prof. Dr. Michael Waidner (Leiter, Fraunhofer SIT), Dr. Kathrin DiPaola (Programmkoordinatorin, DWIH New York), Dr. Thomas Kathöfer (Hauptgeschäftsführer, AiF)

Link: <http://tsp.pm/jank2G>

Montag, 07.06.2021 | 18.00 Uhr - 19.30 Uhr

DIAKONIE ZUR SUIZIDASSISTENZ

Format: Kamingsgespräch (Online)

Titel: Assistierter Suizid im Kontext Diakonischer Einrichtungen

Veranstalter: Diakonie Deutschland

Teilnehmer: Dr. Bodo de Vries (Vorstandsvorsitzender, DEVAP), Ulrich Lilie (Präsident, Diakonie Deutschland), Annegret Puttkammer (Theologischer Vorstand, Neukirchener Erziehungsverein)

Link: <http://tsp.pm/lgelNA>

Dienstag, 08.06.2021 | 07.50 Uhr - 08.45 Uhr

BKV ZUR GESUNDHEITSPOLITIK DER CDU

Format: Diskussion (Online)

Titel: Die gesundheitspolitischen Ziele der CDU ab 2022

Veranstalter: Interessengemeinschaft Betriebliche Krankenversicherung (BKV)

Teilnehmer: Dr. Roy Kühne MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, CDU/CSU-Fraktion), Benjamin Plocher (Vorstandsvorsitzender, BKV)

Link: <http://tsp.pm/c4zKAZ>

Dienstag, 08.06.2021 | 08.00 Uhr - 09.00 Uhr

VDI TECHNOLOGIEZENTRUM ZUR ELEKTRONISCHEN PATIENTENAKTE

Format: Diskussion (Online)

Titel: Elektronische Patientenakte – Wundermittel oder Placebo?

Veranstalter: VDI Technologiezentrum

Teilnehmer: Prof. Dr. Jörg Debatin (Chairman, hih), Prof. Dr. Britta Böckmann (Professorin für Medizinische Informatik, FH Dortmund), Dr. Bernhard Rohleder (Hauptgeschäftsführer, Bitkom)

Dienstag, 08.06.2021 | 09.00 Uhr - 12.30 Uhr

Neu BMU UND BMAS ZUR ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION IN DER SOZIALWIRTSCHAFT

Format: Fachkonferenz (Online)

Titel: Für eine ökologische Transformation in der Sozialwirtschaft

Veranstalter: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Teilnehmer: Jochen Flasbarth (Staatssekretär, BMU), Dr. Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär, BMAS), Brigitte Döcker (Vorstandsmitglied, AWO), Ulrich Lilie (Präsident, Diakonie Deutschland)

Link: <http://tsp.pm/il9g4V>

Dienstag, 08.06.2021 | 09.30 Uhr - 17.30 Uhr

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD ZUR TRANSFORMATION DER INDUSTRIE

Format: Konferenz (Online)

Titel: Post-Coronomics – Transformation, Wachstum, Beschäftigung

Veranstalter: Wirtschaftsforum der SPD

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Hubertus Heil MdB (Bundesminister für Arbeit und Soziales), Dr. Matthias Miersch MdB (stv. Vorsitzender, SPD-Fraktion), Dr. Joachim Lang (Hauptgeschäftsführer, BDI), Hildegard Müller (Präsidentin, VDA)

Link: <http://tsp.pm/aBa9Od>

Dienstag, 08.06.2021 | 10.00 Uhr - 11.00 Uhr

AOK UND WIDO ZU KLIMA UND GESUNDHEIT

Format: Pressekonferenz

Titel: Versorgungs-Report "Klima und Gesundheit": Wie sich der Klimawandel auf die Gesundheit auswirkt und wie Menschen mit negativen Umwelteinflüssen umgehen

Veranstalter: AOK-Bundesverband (AOK), Wissenschaftliches Institut der AOK (WIdO)

Teilnehmer: Dr. Alexandra Schneider (Leiterin der Forschungsgruppe Umweltrisiken, Helmholtz Zentrum München), Dr. Nicolas Koch (Leiter des Policy Evaluation Lab, MCC), Christian Günster (Leiter des Bereichs Qualitäts- und Versorgungsforschung, WIdO), Martin Litsch (Vorstandsvorsitzender, AOK-BV)

Link: <http://tsp.pm/y5nZqn>

Ort: Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Dienstag, 08.06.2021 | 13.00 Uhr

Neu ALM ZUR LABORMEDIZIN

Format: Präsentation einer Studie (Online)

Titel: Vorstellung der "Studie zur Identifikation von Zusammenhängen zwischen der Trägerschaft und der Qualität labormedizinischer Leistungserbringung in Deutschland"

Veranstalter: Akkreditierte Labore in der Medizin (ALM)

Dienstag, 08.06.2021 | 16.00 Uhr - 17.15 Uhr

Neu LEOPOLDINA ZUM GESUNDHEITSVERHALTEN NACH DER PANDEMIE

Format: Podiumsdiskussion (Online)

Titel: COVID-19 und menschliches Gesundheitsverhalten: Auswirkungen und Trends

Veranstalter: Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften

Teilnehmer: Prof. Dr. Ralph Hertwig (Direktor des Forschungsbereichs Adaptive Rationalität, MPIB), Prof. Margareth Dalcolmo (Klinische Forscherin und Projektleiterin, FIOCRUZ), Prof. Fernando Filgueira (Vertreter des Büros in Uruguay, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen), Prof. Katherine Milkman (Professor of Operations, Information, and Decisions, Wharton School of the University of Pennsylvania)

Link: <http://tsp.pm/kaFRNZ>

Dienstag, 08.06.2021 | 17.30 Uhr - 19.00 Uhr

Neu BVMW ZUR PERSPEKTIVE DES MITTELSTANDS

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: Klartext Mittelstand – Im Jahr der Entscheidungen: Spitzenpolitiker bekennen Farbe!

Veranstalter: Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP; Vorsitzender, FDP-Fraktion), Dr. Dirk Stenkamp (Präsident, VdTÜV), Dr. Joachim Damasky (Geschäftsführer, VDA), Markus Jerger (Bundesgeschäftsführer, BVMW)

Link: <http://tsp.pm/ylu00Tn>

Dienstag, 08.06.2021 | 19.00 Uhr - 20.00 Uhr

Neu BVMed ZUR GESUNDHEITSPOLITIK DER FDP

Format: Gesprächskreis Gesundheit (Online)

Titel: Gesundheitspolitische Herausforderungen der Corona- und Nach-Corona-Zeit aus Sicht der FDP

Veranstalter: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)

Teilnehmer: Katrin Helling-Plahr MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, FDP-Fraktion)

Mittwoch, 09.06.2021 | 07.30 Uhr - 09.00 Uhr

DIAKONIE UND DEKV ZUR PFLEGEAUSBILDUNG

Format: Parlamentarisches Frühstück (Online)

Titel: Pflegeausbildung – durchhalten lohnt!

Veranstalter: Diakonie Deutschland, Deutscher Evangelischer Krankenhausverband (DEKV)

Teilnehmer: Erich Irlstorfer MdB (pflegepolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Maria Loheide (Vorstand Sozialpolitik, Diakonie Deutschland), Christoph Radbruch (Vorsitzender, DEKV), Michael Keller (Vorstandsmitglied, DEKV)

Link: <http://tsp.pm/6Vci7h>

Mittwoch, 09.06.2021 | 10.45 Uhr - 19.45 Uhr

WIRTSCHAFTSTAG DER INNOVATIONEN 2021

Format: Konferenz

Titel: Digitalpolitische Agenda 2030 – Ideen für ein innovatives Deutschland in einem souveränen Europa

Veranstalter: Wirtschaftsrat der CDU

Teilnehmer: Margrethe Vestager (Exekutiv-Vizepräsidentin, EU-Kommission), Roberto Viola (Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, EU-Kommission), Anja Karliczek MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung), Prof. Dr. Helge Braun MdB (Chef, Bundeskanzleramt), Dorothee Bär MdB (Staatsministerin für Digitalisierung, Bundeskanzleramt)

Link: <http://tsp.pm/1Lggf3>

Mittwoch, 09.06.2021 | 18.00 Uhr - 19.00 Uhr

Neu BVMED ZUR GESUNDHEITSPOLITIK

Format: (Sonder-)Gesprächskreis Gesundheit (Online)

Titel: Gesundheitspolitischer Rückblick auf die 19. Legislaturperiode – Ausblick auf die 20. Legislaturperiode

Veranstalter: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)

Teilnehmer: Dietrich Monstadt MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, CDU/CSU-Fraktion)

Mittwoch, 09.06.2021 | 18.00 Uhr - 20.00 Uhr

INÖG ZUR DIGITALISIERUNG DES ÖGD

Format: Podiumsdiskussion (Online)

Veranstalter: Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit (InÖG)

Teilnehmer: Maria Klein-Schmeink MdB (stv. Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Sylvia Thun (Direktorin für eHealth und Interoperabilität, BIH), Dr. Tobias Opialla (Mitgründer, InÖG)

Mittwoch, 09.06.2021 | 18.00 Uhr

DEUTSCHES PFLEGE FORUM ZUR PFLEGEPOLITIK IN BERLIN

Format: Forum

Titel: Berliner Pflegepolitik 2021: Pflegeberufereform, Ausbildungsoffensive und der Berliner Pakt für die Pflege

Veranstalter: Deutsches Pflege Forum

Teilnehmer: Tim-Christopher Zeelen MdA (gesundheitspolitischer Sprecher, CDU-Fraktion im AGH Berlin)

Link: <http://tsp.pm/c3XQ3j>

Donnerstag, 10.06.2021

MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ

Format: Ministerkonferenz

Titel: Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und Besprechung mit der Bundeskanzlerin

Donnerstag, 10.06.2021 (bis 11.06.)

KULTUSMINISTERKONFERENZ (KMK)

Format: Ministerkonferenz

Link: <http://tsp.pm/frLzvq>

Donnerstag, 10.06.2021 | 10.00 Uhr - 13.00 Uhr

DAV ZUR LAGE DER APOTHEKEN

Format: Konferenz (Online)

Titel: Apotheken zwischen Jahresbilanz und Zukunftsperspektive

Veranstalter: Deutscher Apothekerverband (DAV)

Teilnehmer: Thomas Dittrich (Vorsitzender, DAV), Claudia Korf (Geschäftsführerin Ökonomie, ABDA), Dr. Eckart Bauer (Leiter der Abteilung Wirtschaft und Soziales, ABDA), Prof. Dr. David Matusiewicz (Dekan und Institutsdirektor, FOM Hochschule)

Link: <http://tsp.pm/G2k5Mx>

Freitag, 11.06.2021 | 16.00 Uhr (bis 13.06.)

46. BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Format: Parteitag (Online)

Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen

Link: <http://tsp.pm/n10Rjn>

Samstag, 12.06.2021 | 09.00 Uhr - 17.30 Uhr

MRNA-KONGRESS 2021

Format: Kongress (Online)

Titel: Gemeinsam die Pandemie bewältigen

Veranstalter: BioNTech Europe

Link: <http://tsp.pm/JQKCvF>

KW 24

Montag, 14.06.2021 | 08.45 Uhr (bis 15.06.)

NETZWERK GEGEN DARMKREBS ZUR ONKOLOGIE

Format: Symposium (Online)

Titel: Vision Zero 2021: Innovations In Oncology

Veranstalter: Netzwerk gegen Darmkrebs

Teilnehmer: Thomas Rachel MdB (Parl. Staatssekretär, BMBF), Tino Sorge MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, CDU/CSU-Fraktion), Prof. Dr. Heyo Kroemer (Vorstandsvorsitzender, Charité – Universitätsmedizin Berlin), Prof. Dr. Christof von Kalle (Chair für Klinisch-Translationale Wissenschaften, BIH), Han Steutel (Vorstandsvorsitzender, vfa)

Link: <http://tsp.pm/xERBmp>

Montag, 14.06.2021 | 12.30 Uhr - 14.00 Uhr

CDU/CSU-FRAKTION ZUM VERBRAUCHERSCHUTZ

Format: Fachgespräch (Online)

Titel: Verbraucherschutz in Corona-Zeiten – Konsequenzen für den Gesetzgeber?

Veranstalter: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Teilnehmer: Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB (Parl. Staatssekretärin, BMWi), Sebastian Steineke MdB (Verbraucherschutzbeauftragter, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Jan-Marco Luczak MdB (rechtspolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Prof. Dr. Volker Ulrich (Präsident, GRPG), Klaus Müller (Vorstand, vzbv), Katja Heintschel von Heinegg (Geschäftsführerin, ZAW)

Link: <http://tsp.pm/YXL4at>

Montag, 14.06.2021 | 13.00 Uhr - 14.00 Uhr

GKV-SV UND DSV EUROPA ZUR BEKÄMPFUNG VON KREBS

Format: Diskussion (Online)

Titel: Den Krebs in die Zange nehmen

Veranstalter: Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-SV), Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung

Teilnehmer: Peter Liese MdEP (gesundheitspolitischer Sprecher, EVP-Fraktion), Dr. Stefan Schreck (Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, EU-Kommission), Dr. Doris Pfeiffer (Vorstandsvorsitzende, GKV-SV), Ilka Wölfle (Direktorin, Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung)

Link: <http://tsp.pm/Q9jGts>

Dienstag, 15.06.2021 | 10.00 Uhr (bis 17.06.)

HAUPTSTADTKONGRESS MEDIZIN UND GESUNDHEIT 2021

Format: Kongress

Veranstalter: WISO S.E. Consulting

Teilnehmer: Dr. Ursula von der Leyen (Präsidentin, EU-Kommission), Jens Spahn MdB (Bundesminister für Gesundheit), Prof. Dr. Helge Braun MdB (Chef, Bundeskanzleramt), Andreas Westerfellhaus (Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege), Karin Maag MdB (gesundheitspolitische Sprecherin, CDU/CSU-Fraktion), Sabine Dittmar MdB (gesundheitspolitische Sprecherin, SPD-Fraktion), Detlev Spangenberg MdB (gesundheitspolitischer Sprecher, AfD-Fraktion), Christine Aschenberg-Dugnus MdB (gesundheitspolitische Sprecherin, FDP-Fraktion), Dr. Achim Kessler MdB (gesundheitspolitischer Sprecher, Fraktion Die Linke), Maria Klein-Schmeink MdB (stv. Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Link: <http://tsp.pm/myTUro>

Ort: CityCube, Messedamm 26, 14055 Berlin

Dienstag, 15.06.2021 | 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

MICROSOFT ZU KI IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR

Format: Konferenz (Online)

Titel: Public Sector – Wie weit ist Deutschland im Jahr 2021?

Veranstalter: Microsoft Deutschland

Teilnehmer: Judith Gerlach MdL (Staatsministerin für Digitales, Bayern), Jörn Riedel (CIO, Freie und Hansestadt Hamburg), Marcus Hartmann (Leiter, ZAC NRW), Dr. Marianne Janik (Vorsitzende der Geschäftsführung, Microsoft Deutschland), Thomas Langkabel (National Technology Officer, Microsoft Deutschland)

Link: <http://tsp.pm/0a5UuS>

Mittwoch, 16.06.2021

GESUNDHEITSMINISTERKONFERENZ (GMK)

Format: Ministerkonferenz

Link: <http://tsp.pm/B0cTC0>

Mittwoch, 16.06.2021 | 11.00 Uhr - 12.30 Uhr

BDI ZUR GESUNDHEITSINDUSTRIE

Format: Konferenz (Online)

Titel: Standortfaktor Gesundheitsindustrie – Wie gestalten wir die Schlüsselbranche des 21. Jahrhunderts?

Veranstalter: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Teilnehmer: Peter Altmaier MdB (Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Prof. Dr. Siegfried Russwurm (Präsident, BDI), Prof. Dr. Hagen Pfundner (Vorsitzender, BDI-Ausschuss für industrielle Gesundheitswirtschaft; Vorstand, Roche Pharma), Michael Vassiliadis (Vorsitzender, IG BCE)

Link: <http://tsp.pm/7RpCdo>

Mittwoch, 16.06.2021 | 15.00 Uhr - 19.30 Uhr

DPTV ZU GESCHLECHTSIDENTITÄT UND ONLINE-PORNOGRAFIE

Format: Symposium (Online)

Titel: Psychotherapie und Sexualität: Ein Update

Veranstalter: Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPTV)

Teilnehmer: Dr. Wieland Schinnenburg MdB (sucht- und drogenpolitischer Sprecher, FDP-Fraktion), Eckhard Schroll (Leiter der Abteilung Sexualaufklärung, Verhütung, Familienplanung, BZgA), Prof. Dr. Rudolf Stark (Professor für Psychotherapie und Systemneurowissenschaften, Justus-Liebig-Universität Gießen), Tabea Freitag (Gründerin und Ko-Leiterin, return – Fachstelle Mediensucht), Gebhard Hentschel (Bundesvorsitzender, DPTV)

Link: <http://tsp.pm/RhCYum>

Mittwoch, 16.06.2021 | 15.00 Uhr - 16.00 Uhr

BVITG ZUR DIGITALISIERUNG DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

Format: Digitalsprechstunde (Online)

Titel: Daten, Apps & Interoperabilität – Macht Corona die Versorgung digitaler?

Veranstalter: Bundesverband Gesundheits-IT (bvitg)

Teilnehmer: Dr. Kai Heitmann (Director Interoperability, hih), Dr. Anke Diehl (Chief Transformation Officer, Universitätsklinikum Essen), Dr. Danny Ammon (Leiter der Abteilung Datenintegrationszentrum, Universitätsklinikum Jena)

Link: <http://tsp.pm/pvTiy2>

Mittwoch, 16.06.2021 | 18.15 Uhr (bis 19.06.)

15. KONGRESS FÜR INFEKTIONSKRANKHEITEN UND TROPENMEDIZIN

Format: Kongress (Online)

Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Infektiologie (DGI)

Link: <http://tsp.pm/ea4GlZ>

Donnerstag, 17.06.2021 (bis 18.06)

WIRTSCHAFTSMINISTERKONFERENZ (WMK)

Format: Ministerkonferenz

Link: <http://tsp.pm/eFpjR6>

Donnerstag, 17.06.2021 | 09.30 Uhr - 15.30 Uhr

DIGITAL CARE SUMMIT

Format: Gipfel (Online)

Titel: Gemeinsam Pflege digital gestalten.

Veranstalter: Ecaria

Teilnehmer: Anja Karliczek MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung), Andreas Westerfellhaus (Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege), Jan Brönneke (Director Law & Economics Health Technologies, hih), Dr. Susanne Wosch (Innovationsmanagerin, Johanniter)

Link: <http://tsp.pm/RHCs3Y>

Donnerstag, 17.06.2021 | 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

PKV-JAHRESTAGUNG 2021

Format: Jahrestagung (Online)

Veranstalter: Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV)

Teilnehmer: Jens Spahn MdB (Bundesminister für Gesundheit), Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP; Vorsitzender, FDP-Fraktion), Prof. Dr. Dr. Clemens Fuest (Präsident, ifo Institut), Astrid Hamker (Präsidentin, Wirtschaftsrat der CDU), Dr. Ralf Kantak (Vorstandsvorsitzender, PKV-Verband)

Link: <http://tsp.pm/RoE0wV>

Donnerstag, 17.06.2021 | 10.00 Uhr - 15.00 Uhr

INNOVATIONSTAG MITTELSTAND 2021

Format: Tagung (Online)

Veranstalter: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Teilnehmer: Thomas Jarzombek MdB (Beauftragter des BMWi für Digitale Wirtschaft und Start-ups; Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt), Carmen Heidecke (Leiterin des Referats Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand, Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen, BMWi), Sandra Balz (Leiterin der Geschäftsstelle Berlin, TISiM), Martin Lundborg (Leiter der Abteilung Kommunikation und Innovation, WIK Consult), Kilian Depuhl (Hub Agency Consultant, Digital Hub Initiative)

Link: <http://tsp.pm/NMDA5B>

Donnerstag, 17.06.2021 | 11.00 Uhr - 14.30 Uhr

SVR GESUNDHEIT ZUR DIGITALISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS

Format: Symposium (Online)

Titel: Digitalisierung für Gesundheit-Ziele und Rahmenbedingung eines dynamisch lernenden Gesundheitssystems

Veranstalter: Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR Gesundheit)

Teilnehmer: Jens Spahn MdB (Bundesminister für Gesundheit), Dr. Doris Pfeiffer (Vorstandsvorsitzende, GKV-SV), Dr. Thomas Kriedel (Mitglied des Vorstandes, KBV), Dr. Gerald Gaß (Vorstandsvorsitzender, DKG), Prof. Dr. Ferdinand Gerlach (Vorsitzender, SVR Gesundheit)

Link: <http://tsp.pm/N6cmHw>

Donnerstag, 17.06.2021 | 11.00 Uhr - 13.00 Uhr

72. ÖFFENTLICHE SITZUNG DES G-BA

Format: Öffentliche Sitzung (Online)

Titel: 72. Öffentliche Sitzung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA)

Veranstalter: Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA)

Link: <http://tsp.pm/SklpWR>

Donnerstag, 17.06.2021 | 18.00 Uhr

ROBERT BOSCH STIFTUNG ZUR REFORM DES GESUNDHEITSWESENS (1)

Format: Pressekonferenz (Online)

Titel: Übergabe der "Neustart! Zukunftsagenda"

Veranstalter: Robert Bosch Stiftung

Teilnehmer: Jens Spahn MdB (Bundesminister für Gesundheit), Dr. Gottfried Roller (Leiter, Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg), Prof. Dr. Joachim Rogall (Vorsitzender der Geschäftsführung, Robert Bosch Stiftung), Dr. Bernadette Klapper (Leiterin des Bereichs Gesundheits, Robert Bosch Stiftung)

Link: <http://tsp.pm/ZipNFx>

Freitag, 18.06.2021 | 09.30 Uhr - 17.30 Uhr

ROBERT BOSCH STIFTUNG ZUR REFORM DES GESUNDHEITSWESENS (2)

Format: Dialogveranstaltung (Online)

Titel: Neustart! Gesundheitsgipfel

Veranstalter: Robert Bosch Stiftung

Teilnehmer: Dr. Roy Kühne MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, CDU/CSU-Fraktion), Martina Stamm-Fibich MdB (Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, SPD-Fraktion), Prof. Dr. Andrew Ullmann MdB (Obmann im Ausschuss für Gesundheit, FDP-Fraktion), Maria Klein-Schmeink MdB (stv. Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Joachim Rogall (Vorsitzender der Geschäftsführung, Robert Bosch Stiftung)

Link: <http://tsp.pm/wvTNrM>

Samstag, 19.06.2021 | 10.00 Uhr (bis 20.06.)

PARTEITAG VON DIE LINKE

Format: Parteitag (Online)

Veranstalter: Die Linke

Link: <http://tsp.pm/GA8TH7>

IMPRESSUM

TAGESSPIEGEL POLITIKMONITORING

Verlag Der Tagesspiegel GmbH
Askanischer Platz 3 · 10963 Berlin
Geschäftsführer: Farhad Khalil, Ulrike Teschke
Verantwortlich im Sinne von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Mathias Müller
von Blumencron, Christian Tretbar
Tel: (030) 290 21-11 420 · Fax: (030) 290 21-11 430
politikmonitoring@tagesspiegel.de
monitoring.tagesspiegel.de